

(Präsidentin Keller)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**, der gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 8** behandelt wird

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der FDP und der CDU

- Drucksache 7/62 - Neufassung -

ERSTE BERATUNG

Kein weiterer Ausbau der Windenergie zu Lasten der Menschen und der Umwelt – Thüringen braucht ein Moratorium für Windenergieanlagen

Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 7/49 -

dazu: Bürgerwillen endlich ernst nehmen – Mehr Akzeptanz für die Energiewende
Alternativantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/171 -

Wünscht jemand aus der Fraktion der FDP oder der CDU das Wort zur Begründung zu ihrem Gesetzentwurf? Ja, das ist der Fall. Wünscht die Fraktion der AfD das Wort zur Begründung zu ihrem Antrag? Das kann ich nicht sehen. Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zur Begründung zu ihrem Alternativantrag? Gut. Ich nehme das zur Kenntnis.

Dann möchte ich noch den Hinweis geben: Die Landesregierung hat angekündigt, von der Möglichkeit eines Sofortberichts zu dem Antrag der Fraktion der AfD gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung keinen Gebrauch zu machen. Die beiden Tagesordnungspunkte werden unter Berücksichtigung des Verlangens der Fraktion der FDP, den Tagesordnungspunkt 3 in einfacher Redezeit zu beraten, insgesamt in eineinhalbfacher Redezeit beraten.

Damit erteile ich Herrn Abgeordneten Kemmerich zur Begründung des Gesetzentwurfs das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne und an anderen Empfangsstellen und -geräten! Mit dem sogenannten Winderlass von Juni 2016 wurde der Bau von Windenergieanlagen in Thüringer Wäldern möglich. Die bisherigen, auch wenn in der Zahl überschaubar, Errichtungen solcher Anlagen führ-

ten zu massiven Protesten von Anwohnern, vor allem im ländlichen Raum. Allein in Thüringen setzten sich über 80 Bürgerinitiativen für den Erhalt des Waldes und an der Spitze der Landesverband für eine Energiewende mit Vernunft ein. Den Widerstand gegen die Zerstörung von Natur und Landwirtschaft halten wir für berechtigt und respektieren die Belange der Anwohner vor Ort. Landschafts- und Naturschutz stehen für uns gleichermaßen im Fokus der Betrachtung. Wir wollen eine ausgeglichene Abwägung zwischen Landschaftsschutz und den Zielen einer stabilen und bezahlbaren Energieproduktion – natürlich unter Beachtung der Klimaziele, die wir uns alle gegeben haben.

Erneuerbare Energien sind ein wichtiges Element im Energiemix. Wir Freien Demokraten wollen die dezentrale Energieversorgung vor Ort stärken. Dies sorgt für eine nachhaltige Unterstützung der Energiewende und des Klimaschutzes, die Netzstabilität wird verbessert und der Wirtschaftsstandort Thüringen gestärkt. Thüringen ist ein Energieimportland. Die Chancen für dezentrale Versorgungslösungen mit entsprechender Wertschöpfung vor Ort sollten zur Stärkung der Thüringer Wirtschaftskraft viel stärker genutzt werden. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es jedoch nicht der Windkraft im Wald.

(Beifall AfD, FDP)

Die Vernichtung von Wald und auch die Nichtwiederaufforstung von Wald ist keine Option. Neben der Rodung von Waldflächen zur eigentlichen Errichtung sehen wir auch weitere Beeinträchtigungen für das Ökosystem Wald sehr kritisch. Beispielsweise müssen für die Zugangswege Schneisen in den Wald geschlagen werden, welche die Leistungsfähigkeit beeinflussen. Geschlossene Baumflächen ermöglichen einen besseren Schutz vor Sturmschäden und können sich auf den Wasserhaushalt auswirken. Letzterer kann auch durch die nötigen umfangreichen Betonfundamente beeinflusst werden. Hierzu kommen Auswirkungen auf die heimischen Tiere, die sich der grundlegenden Veränderung ihrer Umgebung kaum entziehen können. Auch wenn nicht alle Einflüsse auf den Zustand sicher vorausgesagt werden können, so steht jedoch fest: Ein Wald voller Windräder wird nicht mehr derselbe sein.

(Beifall FDP)

Schon jetzt leiden unsere Wälder unter schwierigen Umweltbedingungen. Wir wollen Wälder, die von Trockenheit, Sturmschäden und Borkenkäferbefall belastet sind, nicht noch weiteren Einschränkungen aussetzen. Stattdessen befürworten wir die Unterstützung der Forstwirte bei einem ökologischen Umbau, einer nachhaltigen Aufforstung geschädig-

(Abg. Kemmerich)

ter Gebiete, damit der Thüringer Wald langfristig in seinem guten Zustand erhalten bleibt oder sich wieder erholt. Wir setzen auf Regeneration und umweltverträgliche Kultivierung geschädigter Waldgebiete, statt diese einfach aufzugeben. Aufforstung hat erste Priorität und verdient keine Alternative.

(Beifall FDP)

Denn neben ökologischen und wirtschaftlichen Funktionen erfüllen Waldgebiete auch ganz menschliche Bedürfnisse. Für viele Menschen ist es der einzige Ort der Erholung und der inneren Einkehr. Er bietet Menschen die Möglichkeit, Natur zu erleben. Dieses Naturerlebnis hat schon Generationen großer Geister inspiriert, gerade in Thüringen. Auch in dieser Weise und zu diesem Zweck wollen wir Forst- und Landwirtschaft erhalten.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Gründe für den Schutz des Waldes sind vielschichtig und können kaum erschöpfend aufgezählt werden: Bindung von CO₂, Erhaltung eines einmaligen Lebensraums, Holzproduktion, Klima- und Wetterregulation, Schutz vor Erosion, Erhalt einer besonderen Landschaft, Ort der Erholung und der Nähe zur Natur. All dies sind Gründe, für unseren Antrag zu stimmen. Wir als Freie Demokraten bleiben dabei: Wer an Umweltschutz denkt, sollte dabei die Natur nicht vernachlässigen.

(Beifall FDP)

Wir werden die Überweisung an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten beantragen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Keller:

Die Fraktion der AfD hat das Wort zur Begründung ihres Antrags gewünscht. Herr Abgeordneter Kaufmann, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Prof. Dr. Ing. Kaufmann, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren und liebe Gäste, der Widerstand gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in Thüringen wächst und das ist auch gut so. Immer neue Probleme treten bei dieser angeblich umweltfreundlichen Art der Energiegewinnung zutage und zeigen, dass die Windkraft nicht so sauber ist, wie manche Parteien und ihre Lobbyisten behaupten.

(Beifall AfD)

Neben der bereits bekannten Problematik, dass vom Aussterben bedrohte Vögel, Fledermäuse, Insekten in immer größeren Dimensionen Opfer die-

ser Anlagen werden, kommen bisher kaum erforschte Gesundheits- und Umweltbelastungen wie Infraschall und massive Entsorgungsprobleme verbrauchter Rotorblätter ans Licht der Öffentlichkeit.

Feuerwehren können brennende Windkraftanlagen nicht löschen, die Asche der aus CFK-Stoffen bestehenden Rotorblätter wirkt ähnlich wie Asbest. Selbst die Landesregierung musste in der Drucksache 6/6901 zugeben, dass es derzeit gerade einmal eine Firma in ganz Deutschland gibt, die sich auf die Verwertung von Rotorblättern aus Windkraftanlagen spezialisiert hat.

Aus den USA erreichen uns Forschungsergebnisse, die zeigen, dass die Verwirbelung zu einer Erwärmung der Luft hinter Windparks führt.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Nacht kann diese Erwärmung bis zu 1,5 Grad betragen. Es gibt also einen windkraftanlagengemachten Klimawandel.

(Beifall AfD)

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist denn hier schon Karneval?)

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat 2013 die ökologischen Folgeschäden von Windkraftanlagen untersucht und hat festgestellt, dass durch die Verwirbelung der Luft in der Umgebung von Windparks Bodentemperaturen steigen und Böden austrocknen. Mit gravierenden Folgen für die Landwirtschaft.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Heiße Luft!)

Umweltfreundliche und nachhaltige Energiegewinnung sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Zwar sieht sich diese nun geschäftsführende Landesregierung selbst als Pionier in Sachen Klimaschutz und hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, den Energiebedarf des Freistaats Thüringen bis zum Jahr 2040 vollständig durch erneuerbare Energien zu decken.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist so beschämend!)

Dabei interessiert es die Landesregierung herzlich wenig, was die betroffenen Bürger von der Verunstaltung der Landschaft, den immer höheren Strompreisen, getöteten Vögeln, Fledermäusen, Insekten und einer bislang kaum erforschten Infraschallbelastung halten. Die Landesregierung redet öffentlich

(Abg. Prof. Dr. Ing. Kaufmann)

scheinheilig darüber, dass eine Energiewende nicht gegen den Willen der Thüringer Bürger durchgesetzt sowie sozial verträglich gestaltet werden soll. Bei Ortsterminen präsentiert man sich gern mit besorgten Mienen, aber letztlich werden die Einwände der Bürger doch sprichwörtlich in den Wind geschlagen.

(Beifall AfD)

Die Profiteure des Windkraftausbaus operieren gern mit eindrucksvollen Zahlen, die den wichtigen Anteil des Windstroms an der Energieversorgung belegen sollen. Dabei werden aber zwei Dinge ausgeblendet: Bei Flaute liefert die Windkraft überhaupt keinen Beitrag, dann brauchen wir den konventionellen Kraftwerkspark. Bei steifer Brise wird viel zu viel Windstrom erzeugt, dann werden die so tollen Windräder abgeschaltet. Man spricht von nicht erzeugtem, aber sehr wohl von den Verbrauchern bezahltem Geisterstrom. Die überflüssige Elektroenergie wird in das Ausland verschenkt.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: So ist die Realität!)

In Deutschland wird schon heute temporär zu viel Windstrom erzeugt. Die Netzkapazitäten für die Weiterleitung sind nicht vorhanden. Ohne Speicher im großtechnischen Maßstab ist ein weiterer Ausbau sinnlos.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein parlamentarischer Abend und sie wären ein bisschen schlauer gewesen!)

Das Problem wirtschaftlicher und praktikabler Stromspeicher ist trotz immer wieder wiederholter Versprechen von der Windkraftlobby nicht gelöst worden. Wie viele Stromspeicher für die unter anderem von Windenergieanlagen erzeugte elektrische Energie sollen denn in Thüringen in den nächsten zehn Jahren gebaut werden? Welchen Wirkungsgrad, welche Leistungen, welche Kapazitäten hätten diese Anlagen?

Präsidentin Keller:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Prof. Dr. Ing. Kaufmann, AfD:

Den Bürgern dieses Landes ist ein weiterer Ausbau der Windkraft nicht länger zuzumuten.

Präsidentin Keller:

Ihre Redezeit ist beendet, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Prof. Dr. Ing. Kaufmann, AfD:

Wir müssen den Wahnsinn stoppen. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu und lassen Sie die Landesregierung ein Windkraftmoratorium in Thüringen umsetzen, denn unsere Heimat ist nicht erneuerbar.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Können Sie mal jemanden an das Rednerpult schicken, der ein bisschen Ahnung hat?!)

Präsidentin Keller:

Die Einbringung ist erfolgt. Ich eröffne hiermit die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten und ich rufe Herrn Abgeordneten Liebscher von der SPD-Fraktion auf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, ich muss schon sagen, ich bin ein bisschen enttäuscht von diesem Gesetzentwurf der FDP, auf den die CDU dann noch mit draufgesprungen ist. Sie wollen hier das Thüringer Waldgesetz novellieren, aber nicht etwa, um auf die massiven Schäden zu reagieren, die der Thüringer Wald durch Borkenkäferbefall und Dürre erlitten hat, sondern ausschließlich, um einen einzigen Satz hier einzufügen, mit dem Sie ausschließen wollen, dass auf Waldflächen Windenergieanlagen errichtet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit werden Sie weder den energiepolitischen Anforderungen der Zukunft noch dem Hilfebedarf, den unser Wald hat, gerecht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe eher den Eindruck, dass sich einige von Ihnen noch immer im Wahlkampfmodus befinden und damit weit entfernt von dem sind, was sie uns für die Ausschussarbeit angekündigt haben, nämlich eine konstruktive, sach- und themenorientierte Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen in unserem Land. Denn machen wir uns doch nichts vor: Was Sie hier zum Thema „Windkraft“ vorführen, ist eine Scheindebatte und im Kontext der Windenergie im Wald noch nicht einmal das. Schauen Sie doch einfach mal die aktuellsten Zahlen an. Der Ausbau der Windkraft an Land ist de facto zum Erliegen gekommen seit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Bund, und solange im Bund die Weichen nicht wieder anders gestellt werden, wird es auch in Thüringen nicht zu einem nen-

(Abg. Liebscher)

nenswerten Ausbau von Windkraftanlagen kommen.

(Beifall AfD)

Im Jahr 2018 sind in Deutschland 740 Windenergieanlagen gebaut worden, 2019 waren es noch 160. In Thüringen waren es 2018 ganze elf Anlagen, im letzten Jahr sechs. Und wie viele davon, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind davon im Wald errichtet worden? Meines Wissens ganze zwei.

(Zwischenruf Abg. Czuppon, AfD: So soll es auch bleiben!)

Wenn man sich hier vor Augen führt, was Sie zum Thema „Wahlkampf“ ausgeführt haben, müsste man ja glauben, es seien mindestens 200, die da bereits im Thüringer Wald stehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wahrheit ist aber, der Ausbau der Windkraft ist unter den aktuellen Bedingungen nahezu zum Erliegen gekommen. Den Eindruck erwecken zu wollen, an jeder Ecke drohe der Neubau eines Windrads und die Rodung des Waldes zu diesem Zwecke stehe unmittelbar bevor, ist hochgradig unredlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, auch Sie kennen den „Aktionsplan Wald 2030ff“ der Landesregierung, in dem ganz klar geregelt ist, dass für den möglichen Zubau von Windkraftanlagen nicht ein einziger gesunder Baum gerodet werden soll. Wenn überhaupt in Waldflächen der Neubau von Windkraftanlagen infrage kommt, dann nur auf sogenannten Kalamitätsflächen, also jenen Flächen, wo die Bäume durch Borkenkäferbefall abgestorben sind und eine übliche forstwirtschaftliche Nutzung des Waldes eben nicht mehr gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am Ende geht es doch um die Frage, wie wir eine verlässliche Versorgung mit sauberer Energie in der Zukunft sicherstellen wollen. Ich darf Sie daran erinnern, was Sie, liebe CDU-Fraktion, teilweise mit uns gemeinsam auf Bundesebene dazu bereits auf den Weg gebracht haben. Wir haben den Atomausstieg beschlossen, wir haben den Kohleausstieg beschlossen und wir haben ein umfangreiches Klimapaket und Klimaziele vereinbart und sind internationale Verpflichtungen eingegangen, Treibhausgase zu reduzieren. Es ist das Ziel der Bundesregierung unter der Führung Ihrer Kanzlerin Angela Merkel, bis 2030 immerhin 65 Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Deshalb frage ich Sie: Womit wollen Sie denn künftig den Energiebedarf der Bevölkerung und für die Wirt-

schaft hier bei uns im Freistaat decken? Wollen Sie die Energie etwa dauerhaft aus anderen Ländern importieren

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und nehmen damit also massiven Leitungsneubau in Kauf? Das wollen Sie doch auch nicht. Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, machen Sie sich in diesem Punkt endlich ehrlich.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr gut!)

Und noch etwas muss an dieser Stelle gesagt werden: Die überwiegende Anzahl der Windräder, die hier bereits in Thüringen stehen, nämlich von den 900 ungefähr 750, wurden zu Regierungszeiten der Thüringer CDU genehmigt und gebaut. Ihr in den letzten Monaten und auch heute hier wieder zur Schau gestellter Kampf gegen Windkraftanlagen passt weder zum Handeln Ihrer Partei im Bund noch zu dem, was Sie auf den Weg gebracht haben, als Sie hier in Thüringen noch mitregiert haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher noch mal meine Bitte: Bitte beenden Sie diese Scheindebatten! Schluss mit der Panikmache! Die Menschen in unserem Land haben eine ehrliche Antwort darauf verdient, wie wir die Energieversorgung in Thüringen sicherstellen wollen. Bevölkerung und Wirtschaft benötigen verlässlich saubere Energie, die wir auch selbst in Thüringen herstellen können, egal ob aus Sonne, Wind oder Biomasse. Ich bitte Sie, ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück und lassen Sie uns die Dinge gemeinsam zusammentragen, die wir im Waldgesetz angesichts der Schäden im Wald insgesamt ändern müssen.

Alternativ würde ich für meine Fraktion beantragen, den Antrag an den Ausschuss für Forsten federführend und an den Energieausschuss mitberatend zu überweisen.

Den Antrag auf das Windkraftmoratorium unter TOP 8 wird meine Fraktion ablehnen. Für den Alternativantrag der CDU-Fraktion beantragen wir – sofern der Antragsteller ihn nicht zurückzieht – ebenfalls eine Überweisung an den Energieausschuss und mitberatend an den Infrastrukturausschuss. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Keller:

Es hat jetzt Herr Abgeordneter Malsch, CDU-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Malsch, CDU:

Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, gern hätte ich zu dem Tagesordnungspunkt die Bürgerinitiative aus Stadtlengsfeld begrüßt, aber die hat sich gestern schon den ganzen Tag hier geduldet und wir sind leider nicht mehr zum Aufruf des Punktes gekommen. Aber ich denke, sie werden die Debatte heute live verfolgen.

Herr Liebscher, bevor ich zu meiner Rede komme: Dem Wald kann nicht mit einer Änderung des Waldgesetzes geholfen werden, da gibt es andere Mittel: die finanzielle Ausstattung derjenigen, die Kommunal- und Privatwald haben bzw. über die Ausstattung der Anstalt öffentlichen Rechts ThüringenForst mit finanziellen Mitteln. Da können wir helfen. Da habe ich mit Ihrem „Aktionsplan Wald 2030ff“, den Sie gerade angesprochen haben, eigentlich nur einen Titel, aber keine Mittel. Dazu gilt es zu diskutieren, wenn man den tatsächlich umsetzen will.

Weil Sie angesprochen haben, ob wir im Wahlkampfmodus sind: Nein. Wir machen nur eines, wir nehmen die Themen, die wir im Wahlkampf gesetzt haben, hier auf. Wenn Sie sich Rot-Rot-Grün untergeordnet haben und diese Themen, die die Bürger draußen interessieren, nicht aufgegriffen haben, dann kann ich es leider nicht ändern, dann müssen Sie die Politik machen, die Sie heute früh hier beschrieben haben.

(Beifall AfD, CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, dass die erneuerbaren Energien entscheidend zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland beitragen und ihr Anteil noch wesentlich wachsen wird, ist uns allen klar und das ist auch nachvollziehbar. Allerdings haben wir dafür den notwendigen Energiemix zu berücksichtigen und der besteht halt nicht nur aus Windenergie, sondern auch aus Solarenergie, Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie. Vor allem der Ausbau der Windkraftanlagen führt ja zum Streit vor Ort und erzürnt die Bürger.

(Beifall CDU)

Denn die Windenergieanlagen prägen inzwischen einen weiten Teil des Landes und damit auch das Landschaftsbild und sind, wie ich das hier schon oft gesagt habe, dadurch auch hoch umstritten.

(Beifall CDU)

Vor diesem Hintergrund halten wir es für nicht angebracht, Windkraftanlagen in Wäldern zu errichten. Das gilt auch für sogenannte Kalamitätsflächen. Es ist aus unserer Sicht zwingend erforderlich, diese Flächen wieder aufzuforsten,

(Beifall CDU)

statt sie als Standort für technische Einrichtungen zu nutzen. Dass bei der Windenergienutzung im Wald auf geschädigte und größere Kahlfelder zurückgegriffen werden soll, ist für die CDU-Fraktion jedenfalls keine Option. Wenn ich mir die Diskussion um CO₂-Speicher angucke und dass alle davon reden, den Wald aufzubauen und zusätzliche Flächen, die auch zum Waldumbau geeignet sind, zu nehmen, dann verstehe ich an der Stelle gar nicht das Festhalten und überhaupt die Diskussion um die Kalamitätsflächen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Ausbau der erneuerbaren Energien wird nur dann gelingen, wenn dabei die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes genauso berücksichtigt werden wie das Empfinden der Bürgerinnen und Bürger und eine sichere Einigung und Akzeptanz vor Ort. Beim weiteren Energieausbau gilt es, sorgfältig auf die Auswirkungen für Mensch und Natur zu achten. Eingriffe ohne lokale Akzeptanz und auf Kosten unserer Landschaft und Heimat lehnen wir ab.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Und da schließen wir uns den Menschen vor Ort an, die dasselbe Empfinden haben.

Wir sind deshalb ganz grundsätzlich der Auffassung, dass die Schönheit der Thüringer Wälder nicht durch Windräder beeinträchtigt werden darf.

(Beifall CDU)

Dies entspricht dem Empfinden der Thüringer, die zu Recht Belange des Natur- und Landschaftsschutzes vor wirtschaftlichen Einzelinteressen einordnen.

(Beifall CDU)

Der Thüringer Wald und das grüne Herz Deutschlands stehen unter besonderem gesetzlichen Schutz. Seine Erhaltung und Mehrung ist als Gesetzeszweck im Thüringer Waldgesetz ausdrücklich formuliert. Das hängt mit den vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen, die der Wald für den Menschen erfüllt, mit der besonderen Naturnähe und der Artenvielfalt zusammen. Das Ökosystem Wald beeinflusst das Klima – das wissen Sie doch auch, gerade wenn ich hier rüber gucke – sowie die Luft- und Wasserqualität positiv und sichert damit die Lebensgrundlagen für unsere Menschen. Gesundes Trinkwasser – das ist Ihnen ja umso wichtiger – ist ohne Waldgebiete undenkbar. Nicht zuletzt haben Windenergieanlagen negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild und damit auf die Erholungsfunktion des Waldes. Gerade zur Erhaltung und zum Betrieb dieser baulichen Anlagen

(Abg. Malsch)

sind ein entsprechend ausgebautes Wegenetz und eine Netzanbindung notwendig.

Windenergieanlagen und Maßnahmen zu deren Errichtung führen nicht nur direkt wegen der Rodung der erforderlichen großen Freiflächen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Waldes, sondern führen auch indirekt in der Umgebung zu großen Schäden. Beispielsweise steigt durch die Schneisen für die Zugangswege die Wahrscheinlichkeit von Sturmschäden massiv. Nur eine geschlossene Baumfläche kann sich gegen schwere Stürme schützen. Die riesigen Betonfundamente können beispielsweise auch den Wasserhaushalt massiv stören. Überdies ist der Wald ein natürlicher CO₂-Speicher und hilft, Belastungen zu reduzieren. Die Robustheit und Leistungsfähigkeit sowie die Eignung des Waldes für die naturbezogene Erholung wird durch Windenergieanlagen herabgesetzt. Nicht zuletzt wegen des durch Trockenheit, Sturmschäden und Borkenkäferbefall ohnehin stark geschädigten Waldes war das Hauptanliegen des Thüringer Waldgesetzes, nämlich der Erhalt und der Schutz des Waldes, oberste Priorität. Das sollte folgerichtig eine Schädigung des Waldes und seiner Funktionen durch Windenergieanlagen ausschließen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Wald in Thüringen steckt nach wie vor in einem Überlebenskampf. Der Borkenkäfer frisst sich durch den Wald und eine Entspannung der Situation ist nicht abzusehen. Das ist doch geradezu grotesk, dass der Landesregierung angesichts dieser desaströsen Lage nichts Besseres einfällt, als vom Schadholz beräumte Flächen mit dort möglichen Windenergieparks langfristig für Mensch und Natur aufzugeben.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute Gelegenheit, dem rot-rot-grünen Windwahnsinn in einem ersten Schritt Einhalt zu gebieten. Mit dem Waldgesetz sind Thüringen konkrete Steuerungsmöglichkeiten für die Windkraftnutzung auf Landesebene gegeben. Hier sind weder die regionalen Planungsgemeinschaften noch die Bundesregierung verantwortlich. Das Heft des Handelns liegt in den Händen der Landespolitik. Lassen Sie uns das nutzen!

Herr Ministerpräsident, ich habe die Videos und die Statements gesehen, die Sie in der Öffentlichkeit abgegeben haben. Die Bürgerinitiative hat mir gestern gesagt: Ja, der Ministerpräsident war da und sagte, es ist alles kein Problem, ich regle das für euch, aber die Planungsgemeinschaften sind letztendlich die Verantwortlichen, die müssen es ausbauen. Und Sie bringen das Thema „Kalamitätsflä-

chen“ ins Spiel. – Ich sage Ihnen: Wir haben uns deshalb gern der Initiative der FDP angeschlossen, um ein für alle Mal hier für Klarheit zu sorgen.

(Beifall FDP)

Der Wald ist ein wichtiger Natur- und Erholungsraum und seine Bedeutung als Kohlenstoffsenke rückt zu Recht verstärkt in den Blick. Wir haben im Wahlkampf versprochen – Herr Liebscher, hören Sie genau zu –, dass wir die Möglichkeit, Windkraftanlagen im Wald zu errichten, gesetzlich untersagen werden. Die Umsetzung dieses Versprechens liegt Ihnen jetzt vor. Durch eine Einfügung in § 10 Abs. 2 des Thüringer Waldgesetzes wird gewährleistet, dass die Wälder in Thüringen in Zukunft vor dem Bau von Windenergieanlagen geschützt werden.

(Beifall AfD, FDP)

Nun noch zu den Anträgen, die noch zusätzlich vorliegen und in der gemeinsamen Beratung eine Rolle spielen: Auch wenn wir den Ursprungsantrag der AfD nicht vollumfänglich teilen können, so wirft er doch berechtigte Fragen auf, die von allgemeinem Interesse sind. Einer sachpolitischen Diskussion im Fachausschuss sollten wir uns daher nicht verwehren.

(Beifall AfD)

Gleichzeitig fehlt dem Antrag aber eine klare Richtung, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um mehr Akzeptanz für die Energiewende in der Bevölkerung zu erreichen. Wir haben daher einen Alternativantrag vorgelegt. Uns geht es dabei vor allem darum, den Windkraftausbau im Sinne der Bürger zu steuern und wo nötig zu beschränken. Wir wollen mehr Abstand zur Wohnbebauung, wir wollen mehr Artenschutz, wir wollen eine Steigerung der Leistung auf bestehenden Flächen statt einer Ausweitung der Vorrangflächen auf Konfliktbereiche. Und wir wollen den verpflichtenden Einsatz vorhandener Technik wie die bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung auch für Bestandsanlagen.

(Beifall CDU)

Lassen Sie uns über diese fachlichen Aspekte reden. Wir beantragen eine Überweisung der Anträge an den Umweltausschuss und die Überweisung des Gesetzentwurfs an den zuständigen Ausschuss für Infrastruktur. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Präsidentin Keller:

Dann erteile ich jetzt Abgeordnetem Adams, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kollegen hier im Thüringer Landtag, in diesem Tagesordnungspunkt diskutieren wir drei Dinge, zwei Tagesordnungspunkte: Einmal ist es das Waldgesetz – die Änderung eingebracht von CDU und FDP – und einmal

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: FDP und CDU!)

– FDP und CDU, so herum, sehr gern, wir Kleinen müssen ein bisschen zusammenhalten –

(Beifall FDP)

dann unter Punkt 8 der Moratoriumsantrag der AfD mit einem Alternativantrag der CDU dazu. Ich glaube, das muss man im Blick haben, weil wir zu verschiedenen Dingen sprechen und eine Diskussion haben werden.

Ich möchte ganz kurz auf meine Vorredner eingehen, weil mir das für die sachliche Debatte, die wir zu diesem Thema unbedingt brauchen, sehr wichtig ist, denn in den letzten Jahren ist die Frage des Waldes, die Frage des Ausbaus der erneuerbaren Energien viel zu stark emotionalisiert und zu wenig versachlicht worden. Deshalb möchte ich ganz kurz auf Herrn Kollegen Kemmerich eingehen, der hier gesagt hat, mit dem Winderlass aus der letzten Legislatur ist Windkraft im Wald möglich gemacht worden. Ich glaube, hier muss man sagen: Obacht, das ist nicht der Fall. In der 5. Legislatur gab es eine Änderung des Waldgesetzes und diese Waldgesetzänderung, gemacht von CDU und SPD, hat die Nutzung der Windkraft im Wald ermöglicht. Ich weiß nicht mehr, ob es die Änderung 2011 oder 2013 war, einmal war es ein Artikelgesetz, das kann ich dazu aber auch gern noch mal nachreichen.

Ich glaube, dass das wichtig ist, um die Politisierung dieser Frage – die Politisierung durch FDP und CDU – aufzuheben, denn es ist nicht Rot-Rot-Grün gewesen, die die Windkraft im Wald möglich gemacht haben, sondern, Herr Malsch, es sind Ihre Kollegen gewesen. Das war damals der erklärte Wunsch des Umwelt- und Forstministers Reinholz, der gesagt hat: Ich brauche diese zusätzliche Einnahmequelle für meinen Forst. Im Übrigen bitten uns die privaten Forstbesitzer inständig darum, diese Möglichkeit auch in Thüringen zu schaffen. Dass das nicht total weltfremd ist, sieht man auch daran, dass Ihre Kollegen der Union in Bayern überhaupt nicht annähernd das Problem, das Sie hier darstellen, mit der Windkraft im Wald haben.

Ich will auch ganz sachlich auf Herrn Kaufmann eingehen: Sie haben gesagt, es gibt plausible Studien und Messungen, die darlegen, dass durch Verwirbelungen hinter einer Windkraftanlage die Temperatur steigt. Während meines Ingenieurstudiums hatte ich einen ganz wunderbaren Dozenten, so einen richtig klugen, alten Ingenieur, und der hatte für jedes technische Phänomen ... Er hat gesagt: Was Sie nicht sehen und anfassen können, was Sie nicht beobachten können – immer Vorsicht, ob es da ist. Da gibt es auch manche Dinge, die unter der Wahrnehmungsschwelle sind.

Er hat zum Beispiel mal ein ganz wunderbares Experiment gemacht, dazu lade ich Sie herzlich ein: Nehmen Sie mal Ihre Hand ca. 10 Zentimeter vor den Mund und pusten Sie leicht auf die Hand. Sie werden einen Windzug spüren. Merken Sie das – ein ganz leichter Windzug? Und jetzt machen Sie das Gleiche: Die Hand genauso 10 Zentimeter vor den Mund und jetzt saugen Sie Luft – machen Sie mal! Gleiche Intensität – machen Sie es stärker, Sie werden keinen Windzug sehen. Mit solchen einfachen Experimenten hat er uns erklärt, warum man bei der Zuluft zum Beispiel mit den Auslassgeschwindigkeiten vorsichtiger sein muss als zum Beispiel bei der Abluft.

Jetzt hat es leider nicht geklappt, dass mir aus der Öffentlichkeitsarbeit so ein kleines Windrad gebracht wird. Dann hätte ich allen vorgeschlagen, folgendes Experiment zu machen: Nehmen Sie mal so ein Windrad – ich glaube, fast jede Partei hat das irgendwie als Give-away dabei. Darf ich das mal haben?

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Also sind wir denn hier im Kindergarten oder was? Vorgestern kamen Sie mit irgendwelchen Spielen an!)

Wenn Sie sich jetzt einfach nur mal mit allen, die sich mal so ein bisschen mit Energie, Energieerhaltungssatz und so was befasst haben ...

(Heiterkeit AfD)

Jetzt pusten Sie hier drauf und jetzt müssen Sie versuchen, danach irgendetwas zu spüren, was eine Wärmeerhöhung bringt. Da kommen Sie nicht hin. Mit ganz einfachen thermodynamischen Energieerhaltungssätzen werden Sie dahinter keine Wärme spüren können, keine Temperaturerhöhung, weil das physikalisch einfach keinen Sinn macht. Es mag sein, dass durch ganz spezielle kleine Effekte in Ausnahmefällen so etwas gemessen werden kann, und ich denke mal, das ist wieder so eine AfD-Studie, die Sie uns da vorgestellt haben.

(Unruhe AfD)

(Abg. Adams)

Deshalb glaube ich, dass man in dieser Debatte um Wald und Windkraft zum Beispiel zu einer Sachlichkeit zurückkommen muss. Frau Tasch hat so ein bisschen empört gesagt: Sind wir denn im Kindergarten? Was ich hier mache mit diesen einfachen Experimenten, mit denen noch heute Ingenieure ausgebildet werden, weil sie sich nämlich das Prinzip anschauen, also weil man das Prinzip begreifen muss, dann kann man auch die großen Einzelfälle und besonderen Fälle begreifen, tue ich, weil wir da wieder hinkommen müssen. Wir müssen uns wieder klar werden, dass man hinter einer Anlage, die Energie entzieht, nämlich Windenergie, die mechanische Energie in elektrische Energie umwandelt, ganz gewiss keine Temperaturerhöhung messen können wird. Ganz gewiss nicht, zumindest nicht im systemischen Charakter.

Dann gibt es eine zweite Sache, die von der AfD immer wieder erzählt wird und die auch hier wieder bei der Einbringung dargestellt wurde, nämlich dass, wenn der Wind einmal weht – das kann man sich vorstellen, manchmal ist Sturm, in den letzten Tagen war das auch wieder so –, sich die Windräder dann ganz doll drehen und dann ist viel Elektroenergie da und dann kommt die Sicherung, das kennen wir von Zuhause. Das ist großer Unfug, weil unsere Netzbetreiber natürlich auf jedes Windrad Zugriff haben und wenn wir zu viel Strom im Netz haben, dann stellen die die Flügel quer und dann ist dieses Windrad vom Netz, und zwar in wenigen Minuten – ich glaube, die Abschaltzeiten sind etwa eins-dreißig oder so etwas. Also dann ist der Rotor komplett leer und dann ist das frei.

So leicht kann man das regeln. Und das ist im Übrigen viel leichter regelbar als ein Kernkraftwerk, das ist im Übrigen viel leichter regelbar als ein Braunkohlekraftwerk und das ist im Übrigen auch viel leichter regelbar als ein Gaskraftwerk, und das ist ein weiterer Vorteil von Windenergie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb werden wir sie fördern und nicht verbieten lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn hier so emotional über den Wald gesprochen wird, glaube ich, zwei Zahlen noch mal einbringen zu müssen, nämlich die Frage aus unserem Waldzustandsbericht, um mal darauf zu schauen, wie viele Bäume Vitalitätsverluste haben – also wir Menschen würden „angeschlagen“ sagen, wenn man sich nicht so richtig gut fühlt – und welcher Anteil an Bäumen krank ist. Während wir 2018 noch feststellen konnten, dass 41 Prozent der Bäume Vitalitätsverluste hatten und ca. 20 Prozent der Bäume wirklich richtig gesund, also widerstandsfähig – so ein bisschen kräftig wie der Herr Malsch – waren, so

müssen wir feststellen, dass ein Jahr später schon nahezu über 50 Prozent der Bäume Vitalitätsverluste haben und nur 15 Prozent der Bäume so kräftig sind wie Herr Malsch. Das muss uns zu denken geben, insbesondere weil wir wissen, dass die Zahlen des Waldzustandsberichts 2019 im Jahr 2018 erhoben wurden. Wir wissen, dass die harte Trockenheit, der enorm trockene Winter des letzten Jahres, noch mal etwas dazu beitragen hat.

All das hat sich über 15 Jahre angedeutet – Trockenheit und Temperaturerhöhung. Wir Grüne haben davor immer gewarnt. Wir haben immer gesagt: Achtung, hier kommt eine Klimaveränderung, die menschengemacht ist, und wir müssen etwas dagegen voranbringen. Der Wald, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist immer der erste, der uns eine Rückmeldung gibt. So war es in den 80er-Jahren, als der Wald zuerst die Rückmeldung gegeben hat, dass zu viele Schadstoffe in der Luft, im Wasser und damit auch im Boden sind. Da war es der Wald, der Rückmeldung durch das Waldsterben gegeben hat. Jetzt gibt der Wald als erster die Rückmeldung: Das Klima hat sich verändert und wir kommen damit nicht mehr klar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen deshalb unbedingt die Konflikte lösen. Lassen Sie mich das auch noch mal ganz deutlich sagen, es gibt die einfache Formel von CDU und FDP, die sagt: Wenn ihr den Wald nun abhackt – das ist ja roden –, um Windkraftanlagen aufzubauen, dann ist das für den Klimaschutz Wahnsinn, warum begreifen die Grünen das nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, um ein Windrad aufzustellen, brauchen Sie eine Fläche von ungefähr 1 Hektar – Frau Tasch, Sie wissen das.

(Unruhe CDU, FDP)

Ein gesunder Wald kann auf 1 Hektar ca. – sagen wir mal – 15 Tonnen CO₂ pro Jahr speichern, das heißt also entziehen, klimawirksam sein. Wenn man sich ein Windrad genau anschaut, dann wird das ungefähr 15 Millionen Kilowattstunden pro Jahr haben. Das heißt natürlich, dass es, meine sehr verehrten Damen und Herren, 10.000 Tonnen CO₂ einsparen wird. Deshalb sagen wir nicht, wir bauen jetzt ganz viele Windräder auf und dann kann es dem Wald wieder gut gehen, sondern wir sagen, Windkraft im Wald ist kein Widerspruch, aber wir müssen natürlich vernünftige Ausgleiche finden. Es ist schon angesprochen worden, der vernünftige Ausgleich ist im Kabinettsbeschluss schon gefasst worden: Es wird nicht ein Baum für ein weiteres Windrad im Wald gefällt, nicht ein Baum. Sie schauen jetzt ganz erstaunt. Jetzt merken Sie, dass Ihre Argumentation wie eine Seifenblase zerplatzt ist.

(Abg. Adams)

(Heiterkeit AfD)

Nicht ein Baum wird für ein Windrad gefällt, und Sie erzählen den Menschen seit Monaten genau das Gegenteil. Die CDU hat „Aufhören mit dem Windwahnsinn“ plakatiert und die Geschichte erzählt, dass hier für den Windkraftausbau unser guter Thüringer Wald abgehackt werden soll.

Präsidentin Keller:

Herr Abgeordneter Adams, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Malsch?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Na, aber immer.

Abgeordneter Malsch, CDU:

Faktisch zum vitalen Baum, zur Randfichte. Kollege Adams, stimmen Sie mir zu, dass die Bäume zwar einen Vitalitätsverlust haben, aber keinen Realitätsverlust?

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Malsch, vielen Dank für den Zwischenwurf, der sehr viel über Sie sagt und die Ernsthaftigkeit dieser Debatte.

(Beifall DIE LINKE)

Das Gesetz von CDU und FDP ist deshalb – eben schon ausgeführt –, weil wir diese Konflikte beraten und besprechen müssen, weil wir versachlichen müssen – da sind auch Sie, Herr Malsch, dann eingeladen, beim Versachlichen mitzumachen –, um der Realität wieder Geltung zu verschaffen, die Realität in den Mittelpunkt auch der Debatten hier im Thüringer Landtag zu holen. Deshalb werden wir diesen Antrag auf jeden Fall überweisen.

Anders, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist sicherlich mit dem Moratoriumsantrag der AfD zu verfahren. Ich habe versucht, mal Juristen zu finden, die diesen Moratoriumsantrag als vernünftig oder machbar einschätzen. Ich habe leider keinen gefunden. Ich habe mir das mal angeschaut und die ganz klare Frage gestellt: Kann man die aktuelle Rechts- und Gesetzeslage durch den Moratoriumsantrag der AfD aussetzen? Die Antwort aller, die man da vernünftigerweise fragt, ist Nein. Die AfD gaukelt den Bürgerinnen und Bürgern hier etwas vor. Unser Grundgesetz und auch unsere Thüringer Verfassung kennen kein Moratorium, wenn ein Gesetz in Kraft ist. Und – ich glaube, Sie versu-

chen ja immer Rechtsstaatspartei zu sein, nicht nur eine rechte Partei, sondern auch eine Rechtsstaatspartei – wenn ein Gesetz in Kraft ist, kann es weder von der AfD noch, wie hier gefordert, durch die Landesregierung aufgehoben werden. Das ist das Wesen unseres Rechtsstaats. Da sollten wir auch alle zusammenbleiben.

Ich habe mir an verschiedenen Punkten auch den Alternativantrag der CDU angeschaut und will ihn ganz kurz durchgehen. Vielleicht ergibt sich dazu auch noch mal das eine oder andere in der Debatte. Wir haben große Einigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, darüber, dass das Gelingen der Energiewende nur mit mehr Verständnis, mit mehr Beteiligung, mit mehr Diskussion und mehr Versachlichung möglich ist. Da sind wir uns vollkommen einig. Die Frage ist aber, ob solche Anträge dabei sehr hilfreich sind, in denen man den Artenschutz sehr hochhebt, ohne sich der Debatte zu stellen, dass wir aus Kartierungen wissen, dass es wirklich Bruterfolge auch des Schwarzstorches in 500 bis 1.000 Metern Entfernung von Windkraftanlagen gibt, dass die Population der Schwarzstörche trotz steigender Anzahl von Windrädern weiterhin steigt, was absolut erfreulich ist. Dazu müssen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, mal Grundlagen diskutieren und uns nicht gefühlte Wahrheiten zu Gemüte führen. Es ist jedenfalls ein Fakt, dass der Schwarzstorch in seinen Populationen erfreulicherweise gestärkt wird.

Es ist im Übrigen auch so, wie die CDU hier fordert, dass wir eben auf keinen Fall eine fachlich unbegründete Erweiterung von Windkraftanlagen machen dürfen. Wir laden dazu ein, wirklich immer wieder auf den Mix zu schauen. Sie fokussieren sich bei der Energiewende jetzt komplett auf die Windräder und bauen da für meine Begriffe einen Popanz auf, auf den man draufschlagen kann. Aber es gibt ja die unterschiedlichsten Felder, in denen wir arbeiten müssen. Es gibt das Feld der Biomasse, es gibt das Feld der Photovoltaik und da müssen wir hin. Deshalb ist es falsch, sich nur auf eins zu konzentrieren und das auch verächtlich zu machen.

Sie fordern – glaube ich – an einem Punkt, dass die Befeuerungsanlagen in der Nacht auch nur dann eingeschaltet werden, wenn Flugzeuge sich nähern. Sie wissen oder sollten wissen, es ist Gesetzeslage, dass ab 01.06. dieses Jahres überhaupt keine Anlage mehr anders gebaut wird, so wie Sie das jetzt hier fordern. Deshalb hat sich das im Prinzip auch schon erledigt.

Sie fordern, Repowering stärker in den Blick zu nehmen. Es gibt überhaupt keine Regelungslücke, weil der LEP – ich glaube, sogar in Ihrer Regie-

(Abg. Adams)

rungszeit erstellt – auch schon fordert, da den Blick mit darauf zu haben: Extraflächen für Repowering.

Da gibt es viele weitere Punkte, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was mich wirklich ein bisschen zornig gemacht hat, ist Ihre Forderung, die Empfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten, das „Helgoländer Papier“, nun endlich auch in Thüringen umzusetzen. Es wird umgesetzt unter Führung unserer Vogelschutzwarte in Seebergen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Seebach heißt die!)

Jetzt war ich so nahe an Gotha dran. Seebach – vielen Dank, Frau Tasch.

Unter Führung dieser Vogelschutzwarte ist das „Helgoländer Papier“ auch in ein Fachgutachten hier in Thüringen aufgenommen worden und deshalb erübrigt sich auch diese Forderung der CDU, weil die Landesregierung sehr klar im Blick hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir Energiewende und Naturschutz immer zusammen denken müssen, zusammen denken werden, und das wird auch Thüringen voranbringen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Keller:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Prof. Kaufmann, AfD-Fraktion.

Abgeordneter Prof. Dr. Ing. Kaufmann, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, ich möchte jetzt nicht auf die Ausführungen des Kollegen Adams eingehen. Ich bin ehrlich gesagt etwas enttäuscht, ich hätte von einem Diplom-Ingenieur hier aussagekräftigere Experimente erwartet.

(Beifall AfD)

Lassen Sie mich aber einige Bemerkungen zum Thüringer Waldgesetz, zum Antrag der FDP und der CDU machen.

Vorgestern hat der Petitionsausschuss eine weitere Petition von Bürgern aus Südthüringen mit ca. 3.000 Unterstützerunterschriften entgegengenommen.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Hört, hört!)

Im Kern geht es wieder um die Verhinderung von Windkraftanlagen, die als Gefahr für die heimatische Umwelt gefürchtet werden. Für mich war es sehr aufwühlend, die engagierten Bürger zu treffen, de-

ren Hoffnung auf den Erhalt Ihres Waldes nun auf den Landtag gerichtet ist.

(Beifall AfD)

Der Widerstand gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in Thüringen wächst, das ist auch gut so. Heute Morgen bin ich übrigens auf dem Weg zum Bahnhof an einem Aufkleber der Grünen Jugend vorbeigekommen, dort stand: „Biodiversität braucht unberührte Wälder! #WaldwildnisfürThüringen“.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die meinen die, von denen wir gerade reden!)

Unser Thüringer Wald ist unser Schatz, der bewahrt und klug genutzt werden muss. Für die Bürger bedeutet der Wald Heimat, Identität und Ressource für Holzwirtschaft, Jagd und Tourismus.

(Beifall AfD)

Turmhohe Windkraftanlagen haben in unserem Thüringer Wald nichts zu suchen. Der Bau und Betrieb dieser Anlagen schädigt den Wald nachhaltig. Der Gesetzentwurf der FDP und der CDU listet einige dieser vorhersehbaren Schäden auf: die Zufahrtsschneisen, die die Anfälligkeit gegen Sturm erhöhen, die Tausende Tonnen schweren Betonfundamente, die den Wasserhaushalt schädigen. Ich möchte hinzufügen: Was nützen uns eigentlich unsere Anstrengungen für die Entwicklung des Tourismus, für den Schutz von Flora und Fauna, wenn wir die bewaldeten Höhen des Thüringer Waldes dem Bau von riesigen Industrieanlagen opfern?

(Beifall AfD)

Wer soll in diesem entstellten Gelände Erholung suchen?

In diesem Zusammenhang ist noch folgende Bemerkung nötig: Die Staatskanzlei informierte uns gestern, gerade als dieser Tagesordnungspunkt eigentlich aufgerufen werden sollte, darüber, dass Windkraftanlagen nur auf geschädigten Waldflächen, sogenannten Kalamitätsflächen, geplant seien.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. Nein, geschädigte Waldflächen sind zu heilen durch Aufforstung, durch Anpflanzung widerstandsfähiger Baumarten usw.

(Beifall AfD)

(Abg. Prof. Dr. Ing. Kaufmann)

Die Alternative für Deutschland als Vertreter auch und gerade der Bürger in den ländlichen Regionen stimmt dem Gesetzentwurf zu und beantragt die Überweisung an den Forstausschuss, denn unsere Heimat ist nicht erneuerbar.

(Beifall AfD)

Präsidentin Keller:

Minister Prof. Dr. Hoff hat um das Wort gebeten, bitte schön.

Prof. Dr. Hoff, geschäftsführender Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich spreche als für Forst zuständiger Landwirtschaftsminister, Frau Siegesmund wird als Umweltministerin noch zu dem Thema sprechen.

Herr Kaufmann, Sie haben vorhin eine Studie der Harvard University zitiert, die im Jahre 2012 veröffentlicht worden ist. Wir müssen uns die Datenbasis dieser Studie noch mal anschauen. Prof. Keith von der Harvard University wies gegen Instrumentalisierungsversuche seiner Studie darauf hin, dass er eine Modulation vorgenommen hat ausgehend davon, dass es ein Windpark in Texas war, in dem 2003 111 Windräder gestanden haben und bis 2011 2.358 Windräder aufgestellt wurden. Auf dieser Fläche mit diesem Zuwachs an Windrädern hat er eine Modellrechnung vorgenommen. Und er sagt, diese Modellrechnung kann man hochspielen, wenn man sagt, dass die gesamte erneuerbare Energie der USA ausschließlich durch Windkraftzuwachs mit diesem Niveau wie in diesem einen Windpark in Texas gemacht werden würde. Daraus aber zu schließen, dass jede Windenergie diese Temperaturerhöhung macht, dagegen wehrt er sich. Sie haben das aber – ich meine, ganz ehrlich,

(Unruhe AfD)

Sie sind berufener Professor an einer Hochschule – hier so dargestellt, als ob diese eine Modellrechnung die Wahrheit wäre, nach der künftig die Schäden durch Windenergie passieren. Und da sage ich Ihnen, wir sollten mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und auch mit entsprechenden Modellrechnungen gerade unter Akademikern ein bisschen sensibler umgehen

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und sie nicht in dieser Weise instrumentalisieren. Also wir müssen doch in der politischen Debatte, gerade als diejenigen, denen es um den zwanglosen Zwang des besseren Arguments geht, das Argument auch wirklich in die Debatte bringen. Und

Sie haben eine Modellrechnung entgegen der expliziten und Ihnen bekannten Instrumentalisierungsposition von Prof. Keith hier einfach so dargestellt, als ob es die Wahrheit wäre. Das ist nicht redlich. Das ist einfach nicht redlich, auch wissenschaftlich nicht redlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind dann beim zweiten Punkt. Ich zitiere hier mal die Bayerischen Staatsforsten, die auf ihrer Internetseite ausführen, dass „potentielle Standorte für Windenergieanlagen im Wald in der Regel weit ab von Wohngebieten [liegen].“ Sie sagen: „Der Grundsatz ‚10 H‘ (eine Windkraftanlage muss zehnmal so weit von der nächsten Ortschaft entfernt sein wie sie hoch ist) stellt dies sicher.“ Die Bayerischen Staatsforsten sagen: „Schall und Schattentwurf sind damit kaum ein Problem. Durch die gute Erschließung des Staatswaldes mit Forststraßen ist eine geeignete Infrastruktur bereits vorhanden.“ Sie nehmen also Bezug auf die von Kollegen Kemmerich und auch von Prof. Kaufmann zitierte Kritik, die Kollege Malsch ja auch aufgerufen hat, die den Eindruck erweckt, als ob für jede Windanlage jetzt neue Schneisen in den Wald geschlagen werden müssen.

Es geht im Kern erst mal darum, dass der Staatsforst Flächen hat und Flächen auch zur Verfügung stellt und dass auch im privaten Wald der Waldbesitzer nicht mit dem Hubschrauber in seine Waldfläche einfliegt. Insofern entspricht die hier dargestellte Position, jede Windkraftanlage führt dazu, dass quasi – wie es hier gesagt wurde – eine industrienanlagenmäßige Erschließung im Wald vorgenommen werden würde, nicht der Wahrheit. Es ist nicht so, dass wir einen unberührten Urwald haben. Die Diskussion haben wir in der vergangenen Wahlperiode geführt, aber das ist nicht die Realität im Staatsforst und insofern sollten wir auch hier die Ehrlichkeit in die Debatte zurückbringen.

Worum es mir geht, ist, dass wir vor drei Tagen Landesforstausschuss hatten. Gegenstand unserer Beratungen waren die Herausforderungen, vor denen die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer der unterschiedlichen Eigentumsformen stehen. Das ist Staatswald, es ist Kommunalwald und es ist Privatwald. Und wir kommen Ende Februar zur einer erneuten Sitzung zusammen, weil insbesondere die Vertreter des Kommunalwaldes mit einer Erfurter Entschließung darauf Wert legen, dass wir uns vor allem mit der Frage der Förderpolitik – Einzelförderung, Pauschalförderung – befassen und insgesamt auch die gesamte Förderkulisse hinsichtlich Verfahrensvereinfachungen überprüfen.

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Das zweite Thema, was uns beschäftigt hat, war, dass die Holzpreise so in den Keller gesunken sind, dass sie insbesondere die privaten Waldbesitzer vor enorme Probleme stellen, aber auch unseren Staatswald. Darauf werden wir übrigens, was den Staatswald betrifft, in den Haushaltsberatungen zu reagieren haben.

Darüber hinaus gibt es einzelne Teile der Thüringer Sägeindustrie, die mit einem in London ansässigen Unternehmen versuchen, 84,5 Millionen Euro vom Freistaat und der Landesforstanstalt einzufordern. Das würde, wenn es so passieren würde, allen Betroffenen der Waldkrise wirkliche Handlungsmöglichkeiten nehmen. Ich führe das deshalb ein, weil der Landesforstausschuss – und da sitzen die Waldbesitzer unterschiedlichster Eigentumsformen – das Thema „Wind im Wald“ nicht als Problem aufgerufen hat. Die haben ganz massive andere existenzielle ökonomische Probleme. Die sagen auch: Na klar haben wir als Waldbesitzer Wind im Wald – und die haben zwei Windräder.

Also an alle, auch insbesondere die auf den Zuschauertribünen: Wir führen gerade eine ganz große Debatte über derzeit zwei Windräder in den Thüringer Wäldern.

(Unruhe AfD, CDU)

Ja, es ist doch gut, Sie können doch noch alle reden.

Derzeit zwei Windräder im Wald – ich sage doch „derzeit“. Ich glaube, Sie dürfen die Leute auf der Zuschauertribüne nicht für doof halten, die haben das schon verstanden.

(Unruhe AfD)

Diese zwei Windräder im Wald und es geht um die Frage – es ist doch gut –, ob es weitere Windräder im Wald geben soll. Und dafür muss man Planungen machen und die Planungen müssen genehmigt werden und da gibt es ziemlich feste Auflagen. Und zwar sagt das Waldgesetz, dass es versagt wird, also keine Genehmigung geben soll, wenn die Erhaltung des Waldes im öffentlichen Interesse Vorrang vor den Interessen des Antragstellers hat, wenn Raumordnung und Landesplanung Wald am jeweiligen Ort es zwingend vorsehen, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts nachhaltig geschädigt wird, Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege, der Landeskultur, der Luft- und Wasserreinhaltung und der Erholung der Bevölkerung gefährdet werden, wenn erheblicher Schaden in angrenzendem Wald absehbar ist oder die Bewertung der zusammenfassenden Darstellung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Hinblick auf eine

wirksame Umweltvorsorge die Versagung, also die Nichtgenehmigung, gebietet.

Es ist darüber hinaus festgelegt – da nehme ich insbesondere auf Kollegen Kemmerich Bezug –, wenn man Bäume holzen würde, was wir ja nach unserem Aktionsplan Wald ausschließen, weil wir sagen, wir haben genug Kalamitätsflächen, aber selbst wenn das so wäre – was derzeit nicht unser Ziel ist –, ist eine funktionsgleiche Ausgleichsaufforstung vorzunehmen, und zwar im Verhältnis eins zu eins oder eins zu 2,5. Das heißt also, die Behauptung, die hier zum Teil vorgetragen wurde oder die man zumindest interpretieren könnte – ich will gar nicht sagen, dass Sie es behauptet haben, sondern man hätte Sie so verstehen können, Kollege Malsch, und weil ich Sie bisher als einen extrem sachlichen, argumentstarken Kollegen kennengelernt habe, man hätte Sie so interpretieren können, wenn man böswillig wäre –, wäre, als ob hier Bäume für eine Windkraftanlage gefällt werden, und dann ist der Wald halt einfach tot, es passiert nichts mehr. Nein! Für jeden Baum, den man dafür aus der Nutzung nehmen würde, müsste im Verhältnis eins zu eins oder 1 zu 2,5 aufgeforstet werden.

Vor diesem Hintergrund sagen Waldeigentümer derzeit zu mir Folgendes – und ich habe nachgefragt, ob ich das zitieren darf, ja –: Constantin Freiherr von Reitzenstein, Maximilian Freiherr von Rotenhan, aber auch Fürstin zu Löwenstein – das sind alles private Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in Thüringen – haben mich darauf hingewiesen, dass sie es als ein wirtschaftliches Problem ansehen als Eigentümer von Wald. Das ist jetzt nicht unsere unmittelbare Zielgruppe – Fürsten, Freiherren und Freifrauen. Sie sagen: Diese Regelung, die hier getroffen werden soll, würde uns, die wir sowieso schon als Waldbesitzer vor enormen ökonomischen Problemen stehen, in noch stärkere betriebswirtschaftliche Schwierigkeiten bringen. Aber Fürstin zu Löwenstein hat einen Vertrag mit der EnBW geschlossen und die stellt völlig zu Recht die Frage – die gleiche Frage stellt übrigens auch Herr Eber, früherer FDP-Umweltminister in Niedersachsen, der hier familiär Waldeigentümer ist –: Wenn diese Regelung tatsächlich Gesetzeskraft erlangen würde, ist das eigentlich ein zulässiger Eingriff in die Eigentumsverhältnisse und in die Möglichkeit, diese Eigentumsverhältnisse wirtschaftlich zu nutzen?

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns schon im Ausschuss die Frage stellen, wie es möglich ist, dass die FDP auf der einen Seite in Berlin den Mietendeckel als einen eigentumsähnlichen Eingriff kritisiert, aber hier in Thüringen etwas Ähnliches machen will, indem sie den Waldbesitzerinnen und

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Waldbesitzern die Möglichkeit nimmt, auf ihrem eigenen Grund und Boden wirtschaftlich zu handeln,

(Beifall DIE LINKE)

obwohl das Oberverwaltungsgericht genau das, was in den entsprechenden Regelungen des Landes vorgesehen ist – ihnen die Planungssicherheit gegeben hat, die ihnen jetzt genommen wird. Vor diesem Hintergrund sage ich: Das ist eine schwierige Situation. Das muss sich eine Wirtschaftspartei FDP besonders überlegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Keller:

Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage?

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, geschäftsführender Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft: Leider fertig!)

Fertig! Dann erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Reinhardt das Wort. Bitte.

Abgeordneter Reinhardt, DIE LINKE:

„Die Landesregierung wird gebeten zu prüfen, ob in Zukunft ein Atomkraftwerk in Bornhagen und ein Kohlekraftwerk in Erfurt errichtet werden kann. Denn die Vision ist es, planbare, günstige und sichere Energie für Thüringen zu produzieren.“ So, Abgeordnete der AfD, müsste Ihr Antrag gegen Windkraft konsequent lauten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Aha!)

Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, liebe Gäste auf der Zuschauertribüne, liebe Menschen, die sich in unserer Demokratie offen kritisch gegenüber Windenergie hier in Thüringen engagieren dürfen, weil sie aus ihrer Sicht gute Begründungen dafür haben, liebe Waldbesitzer, die heute wahrscheinlich einen Eingriff in ihr Eigentum erfahren werden, liebe 80 Prozent derer, die still sind und schweigen, obwohl sie Windenergie gut finden, und denken, die anderen werden es schon richten

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Ich muss gleich weinen!)

– Herr Möller, geben Sie doch einfach ein öffentliches, ordentliches Interview bei ARD und ZDF, bevor Sie mich unterbrechen –,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wer im 21. Jahrhundert auf Windkraft als einen Baustein der Energiewende verzichten will, muss sich die Frage gefallen lassen: Woher kommen sie denn dann, die erneuerbaren Energien? Und warum wollen wir denn in Thüringen nicht zukunftsfähige Technologie einsetzen?

Ich kann und ich will es auch gar nicht anders ausdrücken: Der vorliegende Antrag der AfD „Ein Moratorium gegen Windkraft“, was nichts anderes bedeutet, als Windkraftenergie aufzuschieben, zu stoppen, ist nichts anderes als Verhinderungspolitik, es ist sogar rückwärtsgewandte Politik, verbunden mit einem vorweggenommenen Pessimismus. In Ihrem gestellten Antrag ist kein einziger konstruktiver Vorschlag zu finden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was aber Thüringen braucht, was unsere Bürgerinnen und Bürger verdient haben, ist, dass wir eine klare gesetzliche Vorgabe für unsere Behörden haben, wie wir rechtssicher und nachvollziehbar arbeiten können, sodass die Belange in der Regionalplanung in unseren Windvorranggebieten gegenüber dem § 35 im Baugesetzbuch klar umgesetzt werden können.

Mir war bis heute gar nicht bewusst, dass die Abgeordneten der AfD für den Vogelschutz eintreten.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Schon immer, Herr Kollege!)

Dass Windkraft nicht das Allheilmittel ist, ist ja klar. Dass es auch Argumente gibt, die gegen Windkraft sprechen, selbstverständlich. Aber die Scheinheiligkeit in Ihrem Antrag, dass die AfD auf einmal für Vogelschutz wäre, das geht ganz einfach zu entlarven.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Ihre Scheinheiligkeit ist kaum zu überbieten!)

Wenn Sie sich tatsächlich für den Vogelschutz einsetzen wollen würden, würden Sie sich vielleicht mal um die Hauskatzenproblematik kümmern. Ihr werden über 18 Millionen Vögel jährlich zum Opfer fallen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mörderische Biester!)

Ja, mörderische Biester! Ich als Mensch, der eine Katzenhaarallergie hat, bin sowieso gegen Katzen.

(Unruhe AfD)

Also, Herr Möller, ich bin tatsächlich verwundert. Sie hätte ich jetzt mal ein bisschen rechtschaffener

(Abg. Reinhardt)

eingeschätzt, dass Sie mich und meine Meinungsfreiheit, die ich hier äußern darf, nicht unterbrechen. Verstehe ich gar nicht, dass Sie hier diesen guten alten Werten, sich gegenseitig aussprechen zu lassen, gar nicht Folge leisten können. Aber scheinbar treffe ich ja bei Ihnen genau den Punkt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich tatsächlich für den Vogelschutz einsetzen wollen würden, würden Sie sich vielleicht mit der Gehölz- und Waldart auseinandersetzen. Die hat nämlich eine viel größere Auswirkung auf die Vogelpopulation als Windkraftwerke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder wenn Sie sich für Fledermäuse und deren Schutz einsetzen würden, würden Sie vielleicht mal das Fledermaus-Monitoring lesen, in dem empfohlen wird, dass diese Windenergiekraftanlagen mit Fledermausabschaltalgorithmen ausgestattet werden könnten, und damit fliegen sie nicht mehr da rein. Oder Sie würden in Ihren Wahlkreisen bei denkmalgeschützten Häusern solche Brutkästen sponsern, wo Fledermäuse drin nisten können, die sind nämlich schweinetuer.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Thematik der Speichermöglichkeiten führen Sie auf, aber Sie bringen natürlich wie so oft keine einzige Lösung. Klar ist es richtig, dass wir Probleme haben und dass die Speicher nicht ausreichen, um unsere produzierte Energie zu sichern und sie dann zu verbrauchen, wenn sie benötigt wird. Wer aber schlussfolgert, dass wir dadurch im 21. Jahrhundert auf regenerative Energie verzichten können, der hat das 21. Jahrhundert verschlafen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konstruktiv wäre es, wenn Sie beispielsweise die Landesregierung auffordern würden, Vattenfall die Hohenwarte-Talsperre oder die Bleilochtalsperre abzukaufen, um diese für die Speicherung der überschüssigen Energie zu nutzen. Das wäre die Vision für ein energieautarkes Thüringen. Wer dem Moratorium gegen die Windkraft heute zustimmt, sollte sich zuvor fragen, wie wir die Klimaziele denn dann erreichen wollen. Auch wenn man so wie die AfD nicht an den menschengemachten Klimawandel glaubt, ist es doch sachlich nachvollziehbar, dass die fossilen Brennstoffe endlich sind. Lassen Sie uns doch in Zukunft auf die fossilen Brennstoffe verzichten! Und ja, das geht eben auch mit Windenergie. Wer Arbeitsplätze schützen möchte, sollte

tatsächlich den Ausbau der Windenergie weiter vorantreiben. Zurzeit werden in Deutschland über 325 Windenergieanlagen beklagt. Die Windenergiewirtschaft bricht ein und so werden über 25.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet. Mit diesem Moratorium werden noch mehr Arbeitsplätze vernichtet. Nebenbei sei gesagt, dass Ihr Antrag einfach gesetzeswidrig ist und nicht dem Bundesrecht entspricht. Im Übrigen müsste die Bundesrepublik Deutschland über 60 Milliarden Euro Strafe zahlen, wenn wir unsere Ziele in der Klimapolitik nicht erreichen. Wollen Sie das?

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Na klar!)

Thema „Wald“: Eingangs möchte ich gern erwähnen, dass in Deutschland 14,5 Prozent überhaupt den Namen „Wald“ verdienen,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Hätte ich auch eine Lösung!)

alle anderen Flächen sind Wirtschaftswälder. Ja, es sind Wirtschaftswälder, aber sei es drum. Im Kriterienkatalog des Regionalplans Ostthüringen für Vorranggebiete Windenergie stehen zwei Seiten von Kriterien, wo in einem Wirtschaftswald gebaut werden darf oder wo eben nicht gebaut werden darf. Beispielsweise in Landschaftsschutzgebieten darf nicht gebaut werden, da wo Biotope sind, darf nicht gebaut werden, in Wäldern mit Klimaschutz darf nicht gebaut werden, in Wäldern, wo der Emissionsschutz da ist, darf nicht gebaut werden, in Wäldern mit Erholungsschutz darf auch nicht gebaut werden, in waldarmen Gebieten darf auch nicht gebaut werden, da wo seltene Böden sind oder Nassstandorte, überall dort darf nicht gebaut werden. Ich persönlich finde es gut, wenn Ersatzforstungen und Aufforstungen in unseren Wäldern, auch wenn es Wirtschaftswälder sind, stattfinden.

Weil wir es eben gerade mit der Wirtschaft hatten: Den Kapitalismus und die Strompreise führen Sie ja an, Sie wollen ja so eine Art Kapitalismuskritik vornehmen. Die Universität Erlangen-Nürnberg hat in einer Studie herausgefunden, dass Stromverbraucher/-innen in den letzten vier Jahren durch die regenerative Energie, also auch durch die Windkraft, 40 Milliarden Euro gespart haben.

(Zwischenruf Abg. Czuppon, AfD: Das ist geil!)

Wenn wir in die Zukunft, in die Jahre 2022 bis 2023 schauen, ist mit Versorgungsengpässen zu rechnen. Wie wollen wir denen denn begegnen, wenn wir nicht auch Windkraft ausbauen? Dass die Strompreise so hoch sind, ist von Ihnen natürlich nur ein halbherziger Versuch, für den kleinen Bür-

(Abg. Reinhardt)

ger und Oma Renate Symbolpolitik zu betreiben. Die Kritik muss viel schärfer sein, und zwar muss es eine klassische Kapitalismuskritik sein. Die aktuelle Energie- und Wirtschaftspolitik ist die Ursache für zu hohe Strompreise, weil die großen Energiekonzerne Milliardengewinne machen, vom Staat subventioniert werden und weil eben die Schwerindustrie zum Beispiel keine Ökosteuer zahlen muss und die Bürgerinnen und Bürger Strompauschalen zahlen müssen. Aber auch hier, denke ich, gibt es Lösungen und Hoffnungen. Das EEG-Gesetz beispielsweise, das Kommunen energieautark machen möchte, oder beispielsweise die schon vorzufindenden Bürgerenergiegenossenschaften hier in Thüringen, die gegründet sind, um dezentral regenerativ Strom zu produzieren, um den Menschen vor Ort günstigeren Strom zu geben, damit sie am Ende weniger zahlen. Man könnte so im Übrigen auch auf diese unsäglichen Stromtrassen von Nord nach Süd verzichten. Oder Vorschlag: Lassen Sie uns doch ein Gesetz einbringen, mit dem Kommunen, die sagen, wir wollen eine Windenergiekraftanlage bei uns hier in der Kommune bauen, quasi den Ertrag von 10.000 oder 20.000 Euro im Jahr erhalten und diesen zweckgebunden einsetzen dürfen. Das wäre doch mal fortschrittlich. Letztendlich benötigt man eine Veränderung

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Es kann doch gespeichert werden, Herr Kollege!)

– Herr Höcke, auch für Sie noch mal: Geben Sie doch ein öffentliches Interview bei ARD und ZDF, da lässt man Sie aussprechen. Aber unterbrechen Sie mich nicht! –,

(Beifall DIE LINKE)

wenn man die Kapitalismuskritik ernst nehmen möchte, auch eine Änderung der Moral und da schließe ich mich selber mit ein. Nur so kann tatsächlich langfristig eine Änderung stattfinden.

Natürlich wird auch immer das Thema „Sicherheit“ mit aufgezogen, um so mit den Ängsten der Menschen zu spielen. TÜV und Sicherheit führen Sie auch in Ihrem Moratorium auf.

Die Windenergieanlagen sind so wie jedes andere technische Bauwerk zu bewerten und so werden natürlich auch Windenergiekraftanlagen unter Beachtung von DIN-Vorschriften und Sicherheiten erbaut und betrieben. Der TÜV Nord hat herausgefunden, dass eine Windenergieanlage nach 10.000 bzw. 100.000 Betriebsjahren den ersten Schaden erleiden kann. Wer also hier schon wieder von Ängsten spricht, dass hier irgendwelche Sicherheitsprobleme stattfinden, spielt mit den Emotionen der Menschen.

Und ja, auch die Möglichkeit eines Brandes kann bestehen. Aber auch hier gibt es klare Vorschriften, wie die Feuerwehr vorzugehen hat. Und wer mit den Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr vor Ort spricht, weiß, dass sie sagen: Mach dir mal keine Sorgen, das Ding lassen wir großflächig abbrennen und sperren ab.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Einschließlich Wald!)

Natürlich wäre das nicht schön. Wir reden ja nicht nur vom Wald, wir reden ja von Ihrem sogenannten Moratorium gegen Windkraft.

Also, werte Abgeordnete der AfD, wenn Sie sich tatsächlich eingehend mit der Thematik „Windenergie“ beschäftigen, dann müssten Sie eigentlich Ihren eigenen Antrag ablehnen.

Werte Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, dass wir auch in Zukunft das hehre Ziel, die Vision haben werden, dass wir ein Thüringen wollen, was energieautark und zukunftsfähig ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf den Änderungsantrag zum Waldgesetz der CDU möchte ich nur stichpunktartig eingehen, ich hoffe dann auf eine tatsächlich sachliche Debatte mit Ihnen im Ausschuss.

Sie sagen, dass sich eine Windkraftenergieanlage beispielsweise auf den Wald auswirkt. Ja, selbstverständlich, jedes Bauwerk wirkt sich aus, egal wo es steht, und das weiß auch jeder. Das ist ein vorgeschobenes Argument. Sie sprechen von sogenannten Konfliktbereichen, dabei benennen Sie die Konfliktbereiche aber gar nicht. Und es gibt jetzt schon für jeden sogenannten Konfliktbereich unzählige Gutachten, die vorher erstellt werden. Hier also von Konfliktbereichen zu sprechen, ohne zu sagen, dass sowieso schon große Gutachten gemacht werden, halte ich für nicht zielführend.

Sie sprechen vom Repowering dieser Windenergieanlagen. Ja, Repowering klingt erst mal gut, das wollen wir grundsätzlich auch. Lassen Sie uns aber darüber sprechen, was es bedeutet, wenn die Rotorblätter größer werden, wir aber nicht mehr Platz für diese größeren Rotorblätter haben. Dann würde sozusagen Repowering dazu führen, dass wir noch weniger Energie durch unsere Windenergieanlagen bekommen.

Sie von der CDU wollen eine neue Abstandsmessung – 1.250 Meter. Aktuell haben wir in Thüringen 1.000 Meter. Vielleicht können wir im Ausschuss debattieren, woher die neuen 250 Meter kommen.

(Abg. Reinhardt)

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Mathematik!)

Die Nachtkennzeichnung wollen Sie auch, das wollen wir auch. Wichtig wäre hier, dass man keinen Wettbewerbsnachteil für die Energieanlagen, die jetzt schon da sind, vorbringt. Das heißt, das sollte man gleichzeitig überall in Deutschland machen.

Ich bitte Sie darum, dass wir an dem Ziel, der Vision „Thüringen energieautark“ weiterhin arbeiten und dass wir auch weiterhin Windenergieanlagen in Thüringen betreiben und bauen können. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Keller:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Bergner, FDP-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Bergner, FDP:

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Abgeordnete, liebe Gäste, liebe Zuhörer, ich stehe in der Umwelt- und Energiepolitik für drei Dinge: für eine stabile Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, ich stehe für Umwelt- und Ressourcenschonung auch durch Kreislaufwirtschaft und ich stehe für Vereinbarkeit von Natur und Technik. Und das geht – das geht, wenn wir mit Vernunft und Augenmaß unser Wissen, über das wir verfügen, richtig anwenden.

(Beifall FDP)

Ich stehe für eine Vielfalt der Energiegewinnung, technologieoffen, regionalbezogen und dezentral. Das heißt für uns in Thüringen: Natürlich brauchen wir einen Schwerpunkt in regenerativen Energien, aber auch mit geeigneten Speichertechnologien zur Netzstabilisierung.

(Beifall FDP)

Wie brisant das Thema ist, hat der Tag vorgestern gezeigt. Ich war auch dabei, als die Bürger aus dem Thüringer Wald die Petition „Kleinen Thüringer Wald unter Schutz stellen“ übergeben haben. Sie haben 3.000 Unterschriften gesammelt und wir hatten am selben Tag einen parlamentarischen Abend zum Thema „Dekarbonisierung der Energiegewinnung“. Auf den ersten Blick scheint das vielleicht ein Widerspruch zu sein, aber nein, den Widerspruch sehe ich nicht. Ich sehe darin die Möglichkeit einer Schnittstellengewinnung unter Einsatz unseres Wissens, das wir haben. An der Stelle gebe ich Ihnen, Herr Adams, voll recht – wir sollten sachlich diskutieren, wir sollten Sachargumente auf den

Tisch legen und gemeinsam für eine bessere Lösung, für die beste Lösung arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

An der Stelle bringen uns Vorwürfe nicht weiter, was in der Vergangenheit passiert ist, sondern wir sollten in die Zukunft schauen und Zukunft aktiv gestalten. Deswegen möchte ich gern noch mal auf den Thüringer Wald eingehen. Der Thüringer Wald ist bereits ein krankes Biotop. Ja, das haben Sie mit Zahlen belegt und ich denke, dieses kranke Biotop könnte sich ohne weiteres Zusehen, wenn keine Menschen drum herum leben würden, irgendwie nach einer langen Zeit regenerieren. Aber wir stehen ja in einer Symbiose mit diesem Biotop und deswegen braucht der Thüringer Wald auch unser Wissen, unsere Erkenntnisse und damit unsere Unterstützung zur Regeneration. Deswegen dürfen wir auch nicht dieses komplexe, ums Überleben kämpfende und noch funktionierende Biotop durch den Bau von Windenergieanlagen belasten.

(Beifall FDP)

Wir zerstören den Waldboden, ein Biotop im Waldboden, wir zerstören die Flora, die muss gesunden. Sie haben genannt, wie viele Bäume geschädigt sind. Die Fauna – das sind die Tiere – darf nicht weiter getötet und vernichtet werden.

(Beifall FDP)

Ich bin Physikerin und habe mich jetzt in dem Zusammenhang intensiv mit dem Thema beschäftigt und deswegen möchte ich das Wissen, das ich mir angelesen habe, auch mit Ihnen teilen, weil für mich auch viele neue Erkenntnisse dabei waren. Wussten Sie, dass Insekten an den Waldrändern balzen und sich paaren und sich damit dort, wo wir Schneisen schlagen, an besonders hoher Dichte aufhalten? Und wussten Sie, dass sich die sterbenden Insekten an den Oberflächen der Windkrafttröder festsetzen, damit die Oberflächenrauigkeit erhöhen und damit die Energieausbeute der Windkrafttröder runtergeht? Mit jeder Kante, die wir im Thüringer Wald erzeugen, erzeugen wir neue Balzplätze für Insekten und laden sie ein, getötet zu werden. Unsere Waldfläche, das ist auch etwas ganz Wichtiges. Was schätzen Sie, wie viele Millionen Tonnen CO₂ unser Thüringer Wald schluckt? Das liegt zwischen fünf und sieben Millionen Tonnen, je nach Quelle, die man recherchieren kann. Und wissen Sie, dass das ein Drittel bis knapp die Hälfte der CO₂-Produktion Thüringens ist? Damit möchte ich noch mal unterstreichen, wie wichtig es ist, diesen Thüringer Wald zu pflegen, zu gesunden und eigentlich zu erweitern, um unser CO₂-Problem in den Griff zu kriegen.

(Abg. Dr. Bergner)

(Beifall AfD, FDP)

Ich möchte auch hier – Herr Minister Hoff ist jetzt leider nicht mehr da – auf den wirtschaftlichen Aspekt zu sprechen kommen. Ich hatte schon mal in einer anderen Rede angeregt: CO₂ ist ein Rohstoff, bringen wir CO₂ in den Kreislauf. CO₂ hat zurzeit einen negativen Preis – das ist auch gut so, weil es dort einen Überschuss gibt. Warum sollte man nicht die Waldbesitzer, die CO₂ konsumieren, mit dem CO₂-Preis vergüten? Damit haben wir eine wirtschaftliche Stärkung für die Leute, die den Wald besitzen, und dazu brauchen wir dann keine Windkraftträder.

Ein anderer Aspekt: Wussten Sie, dass Waldboden von ungefähr 1 Hektar Oberfläche bis zu 3 Millionen Liter Wasser speichern kann? Und wenn wir einen Hektar Waldboden durch Beton ersetzen, fällt uns dieser Wasserspeicher weg und dann brauchen wir uns nicht zu wundern ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber ich bitte Sie, wir haben doch kein Fundament von einem Hektar!)

Ich nehme jetzt mal einen Hektar her. Es ist dann weniger, aber akkumuliert kommt man dahin.

Wenn wir diesen Speicher punktuell wegnehmen, zerstören wir auch den Waldboden und den Wasserspeicher. Gerade wenn es warm und trocken ist, brauchen wir dieses natürliche Speichermedium, das uns gegeben ist. Ich habe im Netz Zahlen gefunden, die mir sagen, dass eine Windenergieanlage 2.000 Quadratmeter bis 1 Hektar Waldbodenfläche zerstört: durch Fundamente, durch Kabeltrassen. Hier haben wir auch das Problem der Landschaftszerschneidung, und mit der Landschaftszerschneidung zerstören wir den Biotopboden. Andere Dinge, die schon genannt worden sind, sind Schallemission, Brutplätze, Rastplätze für Zugvögel, die zerstört werden.

Jetzt würde ich auch gern noch mal auf Minister Hoff eingehen: Es ist zwar gut gedacht, wenn ich sage, okay, hier ist eine Fläche Wald zerstört, dann fallen wir die kaputten Bäume, die fallen ja sowieso um, und wir setzen dort Windkraftträder hin und bauen woanders die zweieinhalbfache Menge an Bäumen an. Das ist erst mal ein guter Ansatz, aber ein Wald ist ein Biotop, der komplex ist. Jetzt kann ich auch sagen, wir nehmen mal den Komplex „Mensch“ her: Ich nehme einfach mal ein Herz raus und pflanze zweieinhalb Herzen irgendwo extern hin. Was haben wir da gekonnt? Also ich möchte einfach sagen, wir müssen über die Komplexität nachdenken.

Es ist bekannt, dass viele Vögel und Fledermäuse ihr Leben durch Windenergieräder in der jetzigen Konstruktion verlieren. Die Luftqualität des Thüringer Waldes ist ein anderes Thema, sie hat nicht überall Kur- und Erholungsbedingungen. Nur im Osten des Thüringer Waldes erreichen wir eine Luftqualität 1 bis 2 auf der Skala bis 10, wenn wir 10 als Industrieluft bezeichnen.

Was ich auch noch als wichtig sehe, was hier überhaupt nicht diskutiert worden ist: Im Thüringer Wald befinden sich eine Menge Altlasten aus in früheren Zeiten eingebrachtem Beton, die schon die Bodenzerschneidung weit vorangetrieben haben. Und hier sollte es auch unsere Aufgabe sein, eine Sanierung vorzunehmen, damit sich der Thüringer Wald wieder erholen kann. Ich halte im Moment ein Moratorium für den Neubau von Windenergieanlagen im Thüringer Wald für dringend geboten,

(Beifall AfD)

da in den Gemeinden Waldau und Hinternah bereits die Bagger zum Bauen anrücken. Ich würde mir so ein Moratorium wünschen, bis der Gesetzesentwurf, den wir eingebracht haben, von diesem Hohen Haus bestätigt worden ist.

Ein grundsätzliches Moratorium gegen Windenergieanlagen lehnen wir ab. In dem Antrag von Ihnen, von der AfD, sind sehr viele wichtige Fragen aufgeworfen worden, wo ich denke, die müssen diskutiert werden. Deswegen denke ich auch, dass das in den Ausschuss gehen soll.

(Beifall AfD)

Aber: Windenergie ist eine wichtige Komponente in dem notwendigen Energiemix, den wir brauchen, um eine CO₂-arme Energieproduktion zu realisieren. Auch hier gibt es Technologien, die nicht reif sind, mit einem anderen Design von Windkraftträdern. Offshore ist Windkraft durchaus unheimlich wichtig.

Ich möchte noch mal kurz was zu dem Preisthema sagen, das von Ihnen in Ihrem Antrag angesprochen worden ist. Nicht Windenergieräder sind die Preistreiber unserer Energiepreise, denn die Abnahmepreise liegen zurzeit zwischen 5 und 8 Cent pro Kilowattstunde, die Einspeisepreise. Das ist selbst für die Betreiber ein attraktives Geschäft. Ich möchte hier noch mal darauf hinweisen, dass unsere Strompreise zu 55,1 Prozent aus Steuern, Abgaben und Umlagen bestehen. Dann muss man sehen, dass man an den richtigen Hebeln anfängt und nicht dort, wo es falsch ist.

Zusammenfassend möchte ich sagen, der Thüringer Wald muss geschützt werden als Biotop und Lebensader für unser Thüringen. Keine Windener-

(Abg. Dr. Bergner)

gieanlagen in den Wald – das ist ein wichtiger und erster Schritt zum Schutz des Thüringer Waldes, und ein Moratorium zur Aussetzung der Baumaßnahmen bis zum Inkrafttreten der Gesetzesänderung ist sehr wichtig. Wir unterstützen die Überweisung der Anträge an die Ausschüsse.

(Beifall AfD, FDP)

Präsidentin Keller:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Gottweiss, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Gottweiss, CDU:

Werte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuschauer, ich habe gedacht, ich komme durch die Zusammenlegung der Punkte um meinen ersten Redebeitrag herum, aber das, was hier vorn geäußert wurde, hat dann doch noch mal provoziert, dass ich ein paar Sachen sage.

Kollege Malsch hat das schon sehr eindrücklich dargelegt, hat auch gesagt, dass das, was wir im Wahlkampf gesagt haben – nämlich den Windkraftwahnsinn zu stoppen –, tatsächlich auch hier jetzt umgesetzt werden muss. Das ist natürlich ein sehr pointierter Begriff. Das, was wir damit verbinden, wo wir auch zur sachpolitischen Debatte einladen, ist, dass wir versuchen, die Irrationalitäten aus der Debatte und auch aus der Umsetzung der Energiewende rauszunehmen.

(Beifall CDU)

Einer dieser irrationalen Punkte ist definitiv, dass man auf die Idee kommt, Windkraftanlagen in den Wald zu setzen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall AfD, CDU)

Gleichzeitig ist es natürlich so, dass auch, sage ich mal, diejenigen, die Befürchtungen haben, die auch Skepsis gegenüber der Windkraft mitbringen, auch nicht immer den rationalen Argumenten folgen, sondern dass da auch viel Emotion dabei ist, und auch da versuchen wir, die Dinge wissenschaftlich einzuordnen. Deswegen ist klar, dass das, was Prof. Kaufmann als Studie angeführt hat, nicht der Weisheit letzter Schluss ist, dass man schauen muss, das auch in den wissenschaftlichen Diskurs einzubetten. Aber diese Art und Weise, Herr Adams, wie Sie hier vorn darauf reagiert haben, ist genau das Problem, dass Sie sich mit diesem Spielzeugwindrädchen hierhinstellen und meinen,

(Beifall AfD, CDU)

in einer beherrschenden Art und Weise so zu tun, als würde man all diejenigen, die kritische Fragen stellen und Skepsis haben, auf Kleinkindniveau beisei-

te wischen können. Das ist genau das Problem, warum unsere Energiewende genau diese Akzeptanz nicht hat.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Da muss man mal ganz klar sagen ...

Präsidentin Keller:

Herr Abgeordneter Gottweiss, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Adams?

Abgeordneter Gottweiss, CDU:

Sehr gern.

Präsidentin Keller:

Bitte schön.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Herr Gottweiss, was ist Kleinkindniveau an einem simplifizierten Experiment?

(Heiterkeit AfD)

Ist es nicht Wesen eines Experiments, etwas zu erleichtern beim Begreifen, wenn es ganz einfach dargestellt wird?

Abgeordneter Gottweiss, CDU:

Nein. Es ist aus meiner Sicht tatsächlich despektierlich gegenüber denjenigen, die eine nachvollziehbare Frage haben.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ja ein Witz ist!)

Nein, das ist kein Witz, denn man muss auch mal eines sehen: Dass das Binnenklima durch Windkraftanlagen beeinflusst wird, das ist vollkommen unstrittig. Es ist einfache, ganz natürliche Physik.

(Beifall AfD, CDU)

Jeder, der einen Windpark baut, der weiß das ganz genau, weil es nämlich so ist, dass man die Windräder nicht beliebig ins Gelände stellen kann, sondern man muss beachten, dass es Verwirbelungen gibt, die sich massiv auswirken, und dass man auch schauen muss, dass ein Teil der Energie des Windes weggenommen wird, sodass man im Prinzip beim Abstand genau diese physikalischen Effekte mit einplanen muss. Das wissen die Windkraftbauer, das wissen die Physiker. Deswegen ist es absolut irrational, dass Sie sich mit diesem Spielzeug hier so hinstellen und so tun, als könnten Sie das alles einfach wegwischen.

(Abg. Gottweiss)

(Beifall AfD, CDU)

Das Zweite, worauf ich eingehen muss, ist das, was Prof. Hoff hier gesagt hat. Es gibt einen Kabinettsbeschluss, dass nicht ein Baum gefällt wird. Das Problem ist nur, das hilft nicht weiter. Und jeder, der sich mal persönlich damit auseinandersetzen musste, was es bedeutet, eine Planung zur Windkraft zu haben, der weiß, dass es darauf am Ende nicht ankommt, sondern es ist einfach so, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften einfach Vorgaben haben, wie den Windenergieerlass, und dass dort bereits massiv Vorrangflächen in Waldgebieten geplant sind, und zwar ohne zu bedenken, ob dort Kalamitätsflächen sind oder nicht.

(Beifall CDU)

Dann ist das Problem, dass die Immissionsschutzbehörden vor Ort bei der Genehmigungsplanung genau das umsetzen müssen. Wir haben genau den Fall im Weimarer Land gehabt. Da haben in der Stellungnahme zur Regionalplanung alle Behörden, die etwas mit Naturschutz zu tun gehabt haben, also auch die untere Naturschutzbehörde des Landkreises, gesagt: Das geht nicht, die Fläche kann man nicht entwickeln, denn wir haben ein Dichtezentrum Rotmilan, und das ist unter artenschutzrechtlichen Aspekten nicht leistbar. Die Vorrangfläche wurde ausgewiesen. Es kommt zum Immissionsschutzverfahren. Da muss die gleiche Behörde, die vorher fachlich eine andere Meinung hatte, die Genehmigung durchführen. Das ist genau das Problem. Das Einzige, was dagegen hilft, ist genau das, was CDU und FDP hier eingebracht haben, dass man nämlich ein Gesetz einbringt, was das regelt. Und das machen wir, das beschließen wir. Damit brauchen wir uns über das Thema später dann auch nicht zu unterhalten, brauchen auch keinen Kabinettsbeschluss dazu, sondern das Gesetz wird es sein, was den Wald schützt.

(Beifall AfD, CDU)

Man muss der Fairness halber sagen, dass ein ähnliches Problem auch mit dem Anliegen der AfD besteht. Wir haben es einfach damit zu tun, dass wir Bundesgesetzgebung haben – Sie kennen das –, § 35 Baugesetzbuch, die Privilegierung der Windkraft, die wir in diesen Tagen auch nicht unbedingt für zeitgemäß halten, aber sie besteht. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz besteht. Wenn man jetzt mit einer landesrechtlichen Regelung dort reingehen will und will sagen, man stoppt das Ganze, dann gehört natürlich zur Ehrlichkeit dazu, dass man sagt, welchen rechtlichen Rahmen möchte man nutzen, was soll das für eine Regelung sein, wie ist die begründet, dass man tatsächlich landesrechtlich das Bundesrecht aushebelt und in wel-

chem Zeitraum kann das realisiert werden und für welchen Zeitraum kann das gelten. Aus meiner Sicht ist es leider so, dass Sie eigentlich nur eine Meinungsäußerung quasi vornehmen wollen, ohne eine konkrete Lösung zu haben, wie das tatsächlich umgesetzt werden soll, damit auch die Bürger, die das Thema zu Recht umtreibt, ein bisschen an der Nase herumführen. Insofern freue ich mich auch bei dem Punkt auf eine inhaltliche Auseinandersetzung im Ausschuss.

Dann muss ich noch einmal etwas zu Herrn Adams bezüglich des Artenschutzes sagen. Das ist wirklich an Lächerlichkeit nicht zu überbieten.

(Beifall AfD, CDU)

Wir haben das Helgoländer Papier, was eine abgestimmte Positionierung aller Vogelschutzwarten ist, und Sie bringen unsere Vogelschutzwarte, die eigentlich eine gute Arbeit leistet, dazu, genau diese eigenen Fachempfehlungen zu brechen. Genau das Problem haben wir vor Ort, haben wir auch bei mir in der Gemeinde.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wieso? Das habe ich doch so übernommen!)

Es ist so, dass wir ein Dichtezentrum Rotmilan haben. Das Helgoländer Papier sagt ganz klar, die Dichtezentren müssen freigehalten werden. Was ist auf Druck der Landesregierung – ein Prozent Flächenziel – passiert? Die Vogelschutzwarte hat diese Fachempfehlung selbst brechen und sagen müssen: Ist nicht so schlimm, im Dichtezentrum kann man bauen.

Was ist passiert mit den Abständen zu den Milanhorsten? Fachempfehlung: 1.500 Meter. Was sagt die Vogelschutzwarte unter dem Druck der rot-röt-grünen Landesregierung? 1.250 Meter. Was passiert mit den Fachempfehlungen des Helgoländer Papiers, dass die avifaunistisch bedeutsamen Gebiete geschützt werden sollen und frei gehalten werden von Windkraft? Auf Druck der Landesregierung muss unsere Vogelschutzwarte dem Ganzen tatenlos zusehen. Das ist genau das Problem. Mit Ihrer Ideologie schaden Sie dem Artenschutz, und wenn Sie es denn

(Beifall AfD, CDU)

ehrlich gemeint haben, dass Sie sagen, klar, über das Helgoländer Papier besteht Einigkeit – im Übrigen auch mit den Windkraftbetreibern ausgehandelt –, dann machen wir es zur verbindlichen Fachkonvention und sorgen dafür, dass diese Kriterien draußen in der Fläche auch angewandt werden. Dann sind wir doch auf einer Ebene. Das ist doch genau der Punkt, wo wir uns im Ausschuss einigen

(Abg. Gottweiss)

können. Aber ich zweifle daran, dass Sie das tatsächlich ernst gemeint haben, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall AfD, CDU)

Abschließend will ich vielleicht auch noch einmal sagen, es hilft natürlich auch, wenn man ein bisschen zuhört. Der Kollege Malsch hat seine Ausführungen damit begonnen, dass er gesagt hat, wir sind für einen ausgewogenen Energiemix, und dass wir natürlich in den unterschiedlichen Feldern, wo wir erneuerbare Energie ausbauen müssen, auch zur Seite stehen, das fachlich begleiten und sachlich und pragmatisch im Sinne der Bürger hier auch eine Energiewende durchführen wollen. Man muss auf der anderen Seite auch sagen, es ist manchmal eine Frage der Betrachtungsweise, wo man lebt und wie man lebt.

Ich kann das teilweise nachvollziehen, wenn Minister regelmäßig aus Berlin einfliegen und sich dann im städtischen Bereich aufhalten, dass man vielleicht nicht ganz die emotionale

(Beifall AfD, CDU)

Bindung zum Wald hat. Aber diejenigen, für die Thüringen Heimat ist, und der ländliche Raum hängen mit dem Herzen am Wald. Und da muss ich auch sagen, diese despektierliche Art und Weise, wie die Grünen über den Wald reden – im Übrigen auch die Linken –, der Kollege Reinhardt hat das auch gesagt, dass man jetzt zwischen richtigem Wald und Wirtschaftswald unterscheiden muss.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder, der im ländlichen Raum in der dörflichen Region wohnt, weiß natürlich, dass die Wälder bewirtschaftet werden, und trotzdem ist es ein Stück Heimat, es ist ein Stück Natur. Es ist etwas, was der Mensch braucht, und es ist etwas, was schützenswert ist.

(Beifall AfD, CDU)

Wir werden mit der Umsetzung des Gesetzes von FDP und CDU den Wald schützen, so, wie er es verdient hat. Besten Dank.

(Beifall AfD, CDU)

Präsidentin Keller:

Das Wort erhält nun Frau Abgeordnete Wagler, Linke-Fraktion.

Abgeordnete Wagler, DIE LINKE:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kollegen, Gäste auf der Tribüne, Frau Präsidentin! Wald, meine lieben Damen und Herren, ist ein Ökosystem,

das eine Menschengeneration und länger braucht, um Erträge zu bringen. Fehler, wie das Anpflanzen von Fichtenmonokulturen, die aber zum damaligen Zeitpunkt durchaus sinnvoll waren, fallen uns heute in Zeiten des Klimawandels tierisch auf die Füße.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thüringen ist mit 34 Prozent eines der walddreichsten Bundesländer und in der Vergangenheit war das Prinzip des Wirtschaftswalds „Schützen durch Nützen“ die beste Garantie für seinen Erhalt. Den Wald wirtschaftlich sinnvoll zu nutzen, ist unter den heutigen Bedingungen fast unmöglich. Dafür hat der Klimawandel mit den letzten beiden extremen Dürrejahren gesorgt. Herr Liebscher hat das schon mal erwähnt, nur 15 Prozent der Bäume sind als gesund einzustufen. Dann haben wir aufgrund dieser Schädigung noch mit dem Borkenkäfer und mit dem Buchenschleimfluss zu tun und der Rest – ich weiß nicht, wie es dieses Jahr dann aussieht – wird eventuell dann auch noch erledigt werden.

Was passiert? Wir haben ein riesengroßes Überangebot an Schadholz im Wald, die Preise sind im Keller, aber gleichzeitig wachsen die Kosten für die Schadensbeseitigung, Wiederaufforstung und den ökologischen Waldumbau in den Himmel. Und die Wirtschaftsform also, die am meisten dazu beitragen kann, die Folgen des Klimawandels abzuf puffern, die wollen Sie jetzt auch noch bestrafen. Thüringen hat rund 200.000 Waldbesitzer und diese befürworten in überwiegender Mehrheit die Windkraft.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

Und denen nimmt man mit diesem Gesetz ohne Entschädigung die Möglichkeit, erneuerbare, nachhaltige Energie vor Ort zu erzeugen und in forstwirtschaftlich schwierigen Zeiten einen Gewinn erwirtschaften zu können. Für eine bessere Einschätzung, meine Damen und Herren: Die Pacht für ein Windrad liegt bei circa 40.000 Euro im Jahr. Ein entschädigungsloses Verbot der Windkraft im Wald käme hier einer Enteignung gleich. Das ist eine Sache, werte Damen und Herren von CDU und FDP, die werfen Sie eigentlich sonst meiner Partei vor.

Die Forstwirtschaft im Wald muss viele Ansprüche des Bürgers befriedigen – Produktions-, Erholungs- und Ökologiestandort. Nachhaltige, naturnahe Waldbewirtschaftung bedeutet für mich, die Erzeugung regenerativer Energie durch Windenergie zuzulassen. Das ist auch ein Beitrag zum Schutz des Waldes.

(Abg. Wagler)

Verhindert man auf 34 Prozent der Fläche, einem Drittel des Landes, aus ideologischen Gründen einen Ausbau der Windkraft, muss man auch eine Alternative aufzeigen. Denn wir haben das vom Bund vorgeschriebene Ausbauziel für regenerative Energien – ich möchte noch mal erinnern: 50 Prozent bis 2030, 80 Prozent bis 2050. Das ist ein Ausbauziel, hinter dem, nebenbei gesagt, die Mehrheit der Bevölkerung steht, und das nicht erst seit Fridays for Future.

Hier gilt es auch noch zu prüfen, ob der Thüringer Landtag überhaupt die Gesetzgebungskompetenz hat, ein so weitgehendes Verbot wie die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald einzuführen. Der Bundesgesetzgeber hat im Baugesetzbuch den Bau von Windrädern im Außenbereich privilegiert, um überhaupt die Ziele der Energiewende erreichen zu können. Im Landesrecht pauschal auf über einem Drittel der Fläche davon abzuweichen, das könnte ja auch gegen geltendes Bundesrecht verstoßen. Kein anderes Flächenland hat nach meiner Kenntnis ein so weitgehendes Verbot erlassen. In Schleswig-Holstein verbietet man Windkraftanlagen im Wald ab einer bestimmten Höhe, die haben aber nur 10 Prozent Waldanteil und auch noch genügend Möglichkeiten, das offshore zu erreichen.

Das Thema „Windkraft im Wald“ – das merken wir heute, das haben wir auch schon früher gemerkt – ist ein sehr emotionales. Ich möchte jetzt hier noch einmal an Herrn Liebscher, Herrn Adams und Herrn Prof. Dr. Hoff anschließen und noch einmal einige Tatsachen zusammenfassen, damit man das vielleicht mal ein bisschen objektiver beurteilen kann. In Thüringen haben wir bisher nur zwei Windräder im Wald – zwei! Die Angst vor großflächigen Rodungen kann ich Ihnen nehmen. Es sollen vorwiegend, das wurde hier schon so oft gesagt, Waldstücke genutzt werden, die bereits stark geschädigt sind. Alle Waldflächen, die versiegelt werden, werden in derselben Größenordnung wieder aufgeforstet, es wird immer ein Ausgleich geschaffen, es geht kein Wald verloren. Dieser Fakt relativiert auch gleichzeitig die Furcht vor einem Zerschneiden dieser geschlossenen Baumdecke durch Schneisen und Zufahrtswege. Denn wir haben in Thüringen hauptsächlich Wirtschaftswald. Und dieser Wirtschaftswald ist bereits durch ein ausgedehntes Wege- und Stromtrassensystem super erschlossen. Nichtsdestotrotz bedeutet der Bau von Windkraftanlagen natürlich immer auch einen Eingriff in das Forstökosystem. Deswegen sieht das Thüringer Waldgesetz auch vor, nur dort Windkraftanlagen zuzulassen, wo keine Schädigung des Waldes zu erwarten ist. Besonders schützenswerter Wald ist bereits jetzt ausgenommen. Nichtsdestotrotz freue ich mich als Biologin ungemein, dass es fraktions-

übergreifend so ein hohes Interesse am Schutz des Waldes und so eine Wertschätzung der ökologischen Funktion des Waldes gibt. Allerdings muss dieses Interesse auch ein ehrliches sein. Die Regionalplanung muss genügend Vorranggebiete ausweisen können, um das vom Bund vorgegebene Ziel des Windkraftausbaus zu realisieren. Das haben wir in Thüringen schon jetzt nicht gegeben und das wissen hier auch alle.

Wenn nun ein Drittel der Fläche in Form des Waldes wegfällt, wie wollen wir dann dieses Ziel erreichen? Das wird hier einfach nicht ehrlich beantwortet. Wollen wir auf die Landwirtschaft ausweichen? Ich befürchte, dann haben Sie etwas Ähnliches in petto. Eine ehrliche, wertschätzende Diskussion und eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit den betroffenen Akteuren hat der Wald, das grüne Herz Deutschlands, verdient. Das müssen wir leisten, um die landesweite Energieversorgung durch nachhaltige erneuerbare Energieträger sicherzustellen. Da hat die Politik auch die Aufgabe, die Bedürfnisse der 200.000 Waldbesitzer, nämlich derer, die sich ernsthaft um den Wald kümmern und sorgen, und der Mehrheit der Windkraftbefürworter ernst zu nehmen und auch gegen die zum Teil berechtigten Argumente der Windkraftgegner abzuwägen. Das geht am besten, wenn wir das in einer fairen Diskussion tun, mit einer Überweisung an den entsprechenden Ausschuss und wenn wir dieser Diskussion in einer mündlichen Anhörung den Raum geben. Denn es muss irgendwo entlarvt werden, wenn die Sorge um den Wald nur vorgeschoben ist, um das eigentliche Ziel, den Windkraftausbau zu stoppen, zu verschleiern. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Keller:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Bergner, FDP-Fraktion.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Argumente, die heute hier vorgebracht worden sind, haben mich doch noch mal motiviert, hier etwas sagen zu wollen. Amüsiert habe ich mich, dass die Linke sich hier heute als Interessenvertreter des Adels dargestellt hat. Das ist eine Rolle, die ist mir neu bei Ihnen, aber sie hat mich erheitert.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Für uns, meine Damen und Herren, sind alle Waldbesitzer gleichberechtigt – die privaten, einschließ-

(Abg. Bergner)

lich der adligen, sowie die öffentlichen, wir stellen sie alle gleich. Und nicht alles, was hinkt, ist auch ein Vergleich. Wenn Sie sich hierhinstellen und die Diskussion um Mieten in Berlin mit dem vergleichen, was wir heute hier in Bezug auf den Wald vorbringen, so ist es so, dass in Berlin die Nutzung als Wohnung beeinträchtigt wird. Wir sorgen dafür, dass Wald auch als Wald weiter genutzt werden kann. Das ist ein deutlicher Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Zu dem Argument der Forststraßen: Ja, es gibt Forstwege, die sind breiter ausgebaut, als ich das tun würde. Aber ich will an dieser Stelle ganz klar und deutlich sagen: Die Richtlinien für den ländlichen Wegebau, die da maßgeblich sind – und nach denen habe ich in meinem Leben etliche Jahre auch schon gearbeitet –, haben Entwurfsparameter, die genau dafür nicht ausreichen. Es ist also ein Argument, das nur als Scheinargument dient und hier nicht weiterhilft.

Das Thema „angeblich nur zwei Windräder“ – ja, bis jetzt. Gesetze sind aber dafür da, die Zukunft zu regeln, meine Damen und Herren. Und genau deswegen stellen wir uns hierhin.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Noch etwas zum Thema „Eigentumsrechte“: Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir die Eigentumsrechte von Forstbesitzern beeinträchtigen würden, dann möchte ich mal an das Grüne Band erinnern und dann möchte ich an die Diskussion um die Urwälder erinnern. Dort werden Eigentumsrechte beeinträchtigt und nicht hier.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Whataboutism, Herr Bergner!)

Ich möchte auch noch kurz auf die Vokabel „Wirtschaftswald“ eingehen. Wenn Wälder tatsächlich irgendwo ökologisch nicht so hochwertig sind, wie wir uns das wünschen, dann sind die Wälder aufzuwerten und nicht plattzumachen. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Und wenn wir uns heute hierhinstellen und sagen – Thema „Brandlast“ –, die Feuerwehren lassen das Windrad mitsamt dem Wald abbrennen, kann das ja wohl nicht das Ziel sein, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

Wer alternative Energie fördern will, der muss dafür sorgen, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung

auch eine Chance hat zu wachsen, und er muss dafür sorgen, dass die Menschen den Weg mitgehen können und sich nicht der Politik gegenüber verschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Herr Kollege Adams, ich habe heute erstmalig von Ihnen gehört, dass Sie sich für den Mix an erneuerbaren Energien aussprechen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Unfug! Das ist ja ein absoluter Unfug!)

Regen Sie sich doch jetzt nicht auf! Ich möchte es als Angebot betrachten. Den Weg würde ich gern mit Ihnen weiter diskutieren.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da regen Sie sich jetzt aber auf!)

Wir brauchen nämlich nicht bloß mehr Windkraft, wir brauchen vor allem auch mehr Wasser, mehr Biomasse und da können wir gern miteinander diskutieren. Wenn uns heute vorgeworfen wird – ich muss mich leider ein bisschen beeilen, meine Redezeit ist zu Ende –, dass wir hier Wahlkampf betreiben würden: Nein, wir machen nur das, was wir den Menschen im Wahlkampf versprochen haben. Auch das ist Inhalt von Politik. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD, CDU, FDP)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Bergner. Als Nächster hat Abgeordneter Möller für die AfD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, es ist ja jetzt einig aus unserem Moratoriumsantrag diskutiert worden, der sich nicht nur auf das Moratorium beschränkt, sondern auch noch einige sehr sinnvolle Fragen stellt. Aber ich will schon mal kurz erläutern, warum das Moratorium aus unserer Sicht sinnvoll ist und auf gar keinen Fall in irgendeiner Form minderwertig im Vergleich zur Lösung, die die FDP mit der Änderung des Waldgesetzes vorschlägt.

Die FDP löst im Grunde genommen das Problem auf einem Teilbereich der Thüringer Staatsfläche, nämlich dort, wo der Wald ist – in der Tat –, indem die Nutzungsflächenänderung beendet wird, also eine Nutzungsflächenänderung ausgeschlossen wird. Aber das Argument, das Herr Gottweiss gegen den Moratoriumsantrag von uns vorgebracht

(Abg. Möller)

hat, trifft natürlich in besonderem Maße auch diesen Vorstoß des Thüringer Waldgesetzes. Denn auch Sie wissen sicherlich, es gibt eine EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Es gibt insofern auch Auswirkungen beispielsweise auf die Regionalplanung, es gibt das Verbot der Verhinderungsplanung und genau diese Vorwürfe, die Sie durchaus zu Recht antizipieren, treffen gleichermaßen den Moratoriumsantrag wie auch das Totalverbot von Windkraft im Wald. Das wissen Sie auch! Wenn Sie jetzt auf Nummer sicher gehen wollen, dann müssen Sie schon versuchen, das Instrumentarium, was eine Landesregierung zur Verfügung hat, möglichst breit aufzustellen. Das sichert unser Moratoriumsantrag durchaus ab, weil Sie ja beispielsweise über eine Veränderungssperre nachdenken. Sie können als Landesregierung Empfehlungen ausgeben. Wenn Sie sagen, die Landesregierung will sich da nicht mit einer Verordnung sozusagen aus dem Fenster hängen, dann kann sie das immer noch über Empfehlungen machen, zum Beispiel an die untere Verwaltungsebene, an die Planungsgemeinschaften, wie man mit solchen Dingen umzugehen hat.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Schon mal was von kommunaler Selbstverwaltung gehört?)

Man ist viel flexibler dabei, in den Prozess der Genehmigung von Windkraftanlagen oder der Planung von Flächen einzugreifen und dieses Moratorium am Ende durchzusetzen. Das ist der Hintergedanke bei diesem Antrag gewesen.

Im Kern, sage ich mal, zielen beide Initiativen, sowohl der Gesetzentwurf der FDP als auch der Antrag der AfD, natürlich auf eine Sache ab, es ist nämlich im Grunde vor allem ein Signal an die Investoren von Windparks, Windkraftanlagen. Es ist das Signal, dass man um Thüringen besser einen Bogen macht. Der Gesetzentwurf der FDP zielt in die Richtung, dass man es mit Windkraft im Wald in Thüringen nicht mehr versuchen muss, dass man da keine Investitionssicherheit hat. Ich finde, das ist ein wichtiges Signal, weil man damit eben klar macht: Legislaturperioden dauern in der Regel fünf Jahre an und ich muss, wenn ich eine Windkraftanlage wirtschaftlich betreiben will, aber in Zeiträumen von 20 Jahren rechnen und diese 20-Jahres-Zeiträume habe ich eben nicht. Das Signal sendet der FDP-Gesetzentwurf für die Windkraftanlagen im Wald aus und wir mit unserem Antrag natürlich allgemein für den Windkraftausbau. Insofern macht das also durchaus auch beides Sinn und wir werben deswegen natürlich auch um Zustimmung für beides.

(Beifall AfD)

Dagegen kann man natürlich nun auf verschiedene Art und Weise argumentieren. Die SPD hat gesagt, es gibt ja gar keinen Windkraftausbau mehr. Das ist natürlich ein Argument, was relativ wenig überzeugt, denn wenn man mal schaut, wie die Bundespolitik darauf reagiert: Peter Altmaier als ressortzuständiger Minister zum Beispiel spricht davon, er möchte einen großen Konsens für den Windkraftausbau herstellen. Was ist angedacht? Man versucht in der Verfassung die Prinzipien auszuhebeln, die momentan einen Windkraftausbau verhindern, nämlich den nachhaltigen Schutz der Lebensgrundlagen, Artikel 20a Grundgesetz. Das ist sozusagen eine Barriere, die auch bis in die Genehmigungsverfahren hineinwirkt. Deswegen wird auch immer weniger genehmigt und das versucht er auszukontorn, indem er dann mit einem breiten Bündnis von Grünen beispielsweise, leider auch der Bundes-CDU, der SPD im Grunde genommen den Klimaschutz als Staatsziel entgegenhält, um dadurch wieder ein Mehr an Windkraftausbau genehmigt zu bekommen. Da sehen Sie schon, es ist also durchaus erforderlich – hier im Land ticken die Uhren ja ein bisschen anders bei der CDU, dankenswerterweise, darüber freue ich mich auch –

(Beifall AfD)

bzw. wichtig, das Signal zu senden, dass man das hier im Land nicht haben möchte, und so was auf Landesebene zu verhindern.

(Beifall AfD)

Was ist jetzt noch gegen unseren Antrag vorgetragen worden? Zum Beispiel, dass er keine Lösungen bietet. Das ist so zwar richtig, weil der Antrag nicht die energiepolitische Konzeption der AfD wiedergibt, er beschäftigt sich halt mit Windkraft, ganz richtig, und die gehört halt nicht zur energiepolitischen Konzeption der AfD.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben ja keine politische Konzeption!)

Wir bieten zwar an dem Punkt gerade keine Lösungen an – wir haben Lösungen, die will ich aber an der Stelle nicht offenlegen, das haben wir ja schon an anderer Stelle getan –,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber wissen Sie, wir schaffen wenigstens keine zusätzlichen Probleme.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Entwicklung!)

(Abg. Möller)

Und wenn Sie sich mal anschauen – ich glaube, der Kollege von der SPD hat es erwähnt –, Atomausstieg, Kohleausstieg haben Sie auf den Weg gebracht, über einen Gasausstieg denken Sie nach, dann sage ich Ihnen mal eines: Ein Energieversorgungssystem, ein modernes Energieversorgungssystem auf dem Niveau von Deutschland, das halten Sie nicht dadurch aufrecht, dass Sie irgendwann irgendwelche Energie einspeisen und irgendwann irgendwelche Energie rausziehen aus dem Netz. Nein, Sie müssen punktgenau, sekundengenau genau die Bezugsleistung, die aus dem Netz rausgezogen wird, einspeisen können. Jetzt komme ich zu Ihrem tollen kleinen Experiment, Herr Adams. Nehmen Sie sich jetzt mal Ihre kleine Hobbywindkraftanlage, halten Sie die schön hoch und sagen Sie sich jetzt:

(Beifall AfD)

Ich will jetzt zu meinem Kühlschrank und da soll Licht drin sein, damit nämlich auch der Kühlschrank das Bier kühlt. Dann schauen Sie mal, was mit Ihrer Windkraftanlage gerade passiert. Verdammt, es ist gerade kein Wind! Wenn Sie dann also behaupten, Windkraft wäre besser regelbar als Atom, Kohle und sogar Gas,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Sonne scheint und die Biomasse brummt!)

dann kann ich darüber wirklich nur verzweifeln mit dem Kopf schütteln, denn Sie wissen natürlich, es gibt zum Beispiel das Phänomen der Dunkelflaute, gerade jetzt in der Jahreszeit immer wieder mal, dass Sie drei, vier, fünf Tage eben eine Nebelwand über Deutschland oder über großen Teilen von Deutschland haben, aber eben auch keinen Wind. Was machen Sie denn da?

(Zwischenruf Abg. Braga, AfD: Atomkraft aus Frankreich!)

Sie haben keine Windspitze, Sie haben keine Sonneneinstrahlung. Ihre Biomasse reicht vorne und hinten nicht, die will übrigens auch keiner, weil sie nämlich ganz schön Ärger macht auch im ländlichen Bereich. Also wirkliche Lösungen haben Sie gar nicht. Das ist das große Problem und über eine Speicherung reden Sie zwar viel, aber machen tun Sie in dem Punkt auch nichts. Es gibt dafür keine vernünftige ...

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Herr Möller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Adams?

Abgeordneter Möller, AfD:

Gerne doch.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Möller, ich weiß nicht, ob Sie am Mittwoch beim parlamentarischen Abend waren, da konnte man die Vertreter unserer Energiewirtschaft treffen. Aber abgesehen von der Möglichkeit, dort miteinander zu sprechen: Kennen Sie den Brief der TEAG an die energiepolitischen Sprecher vor der Wahl, wo deutlich gemacht wurde, was die großen Herausforderungen sind? Und können Sie mir bestätigen, dass es beim Thema „Dunkelflaute“ für unseren Netzbetreiber da keine Problemdarstellung, keine Problemanzeige gegeben hat?

Abgeordneter Möller, AfD:

Also erstens ist die TEAG kein Netzbetreiber, sondern ein integrierter Energieversorgungskonzern,

(Beifall AfD)

hat zwar unter anderem auch eine Netzsparte mit drin,

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

allerdings ist die unabhängig. Und dann sage ich Ihnen auch mal eines: Wir machen unsere Energiepolitik aus einem ganzheitlichen Aspekt heraus. Bei uns spielt nur eine Rolle, was, sage ich mal, große Unternehmen schreiben. Bei uns interessiert auch nicht, was irgendwelche Fürstinnen oder irgendwelche Freiherrn sozusagen dem Staatskanzleiminister sagen, wenn es darum geht, dass man gern Windkraftausbau im Wald haben möchte, weil man damit gut verdient.

(Beifall AfD)

Uns interessiert vor allem auch: Was sagen denn die vielen Hunderttausend Menschen vor Ort, die davon betroffen sind? Wenn hier immer wieder gesagt wird, Windkraftausbau ist ja eigentlich gesellschaftlich durchaus anerkannt – ja, aber immer doch mit einem Vorbehalt: Bitte nicht bei mir im Ort oder vor Ort.

(Beifall AfD)

Oder im Wald. Daran merken Sie doch schon die Ernsthaftigkeit der Aussage. Also keiner will Windkraft, ich kenne so gut wie keinen außer denjenigen, der direkt davon profitiert. Direkt davon profitiert in der Tat der Waldbesitzer, der dann beispielsweise den Flächenstandort verpachten kann. Das

(Abg. Möller)

ist aber in der Regel eine Einzelperson oder wenige Personen. Die Nachteile werden sozialisiert, die Vorteile werden an einzelne Personen ausgeschüttet, und das ist doch kein gesellschaftliches Konzept, was mehrheitsfähig ist, nehmen Sie es mir nicht übel!

(Beifall AfD)

Ja, also die Entschädigungsdebatte bringt Sie übrigens in diesem Punkt auch nicht weiter. Dazu wurde eben schon vom FDP-Kollegen gut ausgeführt. Es ist insofern auch ein bisschen geheuchelt, wenn Sie auf der einen Seite in Berlin eine Mietpreisbremse fordern, damit sozusagen einen direkten Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb vornehmen – auch ein Grundrecht übrigens –, entschädigungslos, und hier jammern Sie rum, obwohl ja grundsätzlich ein Waldbesitzer gar nicht damit rechnen kann, dass er in seinem Wald eine Windkraftanlage errichten kann. Die Hoffnung mag er haben, aber Hoffnungen, meine Damen und Herren, sind in unserem Rechtssystem nicht entschädigungspflichtig. Das will ich Ihnen in dem Zusammenhang auch mal sagen.

(Beifall AfD)

Zu dem Änderungsantrag der CDU sage ich: Wir werden den natürlich auch mittragen, dass er in den Ausschuss kommt, dort mitdiskutiert wird. Er überzeugt uns nicht ganz. Aber darüber kann man ja im Ausschuss reden, also zum Beispiel, dass mit einer konsequenten Konzentrationsplanung Konflikte vermieden werden. Sie werden vielleicht auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe beschränkt. Also wenn Sie, sage ich mal, Windkraftanlagen auf bestimmte Regionen unseres Landes konzentrieren – wir haben nun mal keine menschenleeren Regionen –, dann werden Sie natürlich zwar erreichen, dass ein Großteil des Landes aufatmet, aber die Leute, die immer noch davon betroffen sind, die werden es immer noch schlecht finden. Also, eine richtig gute Lösung ist das aus unserer Sicht auch nicht, insbesondere wenn man dann auf das Repowering schaut. Das ist ja auch von Herrn Gottweiss teilweise schon ausgeführt worden. Problem ist beispielsweise, wenn Sie Windkraftanlagen repowern, werden sie in der Regel viel größer. Also, das ist für die örtlich ansässige Bevölkerung durchaus auch mit mehr Eingriffen verbunden. Wenn Sie mal irgendwann vor zwanzig Jahren einen Windpark geplant haben, da ging es dann beispielsweise um Windkraftanlagen, die 50 Meter hoch sind, jetzt werden die dann plötzlich auf 250 Meter repowert. Also das ist schon ein gewaltiger Eingriff, der da stattgefunden hat.

Auf die Argumentation von Herrn Adams, denke ich, brauche ich da gar nicht mehr so im Detail eingehen, wo er gesagt hat, dass das keine Auswirkungen auf das Binnenklima hat, also klimatische Veränderungen im Nahbereich. Ich denke, das ist eigentlich jedem sonnenklar, dass das falsch ist. Ihr Experiment war ja insofern schon falsch, dass Sie diesen Lufthauch als kühl empfinden, der fehlt ja dann gerade im Dorf, das ist ja das Problem.

(Beifall AfD)

Der kommt ja dann nicht mehr an, weil er eben in Energie, in Bewegungsenergie umgewandelt wird, und als Ingenieur wissen Sie das. Als Ingenieur wissen Sie das natürlich auch.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben es nicht wirklich begriffen!)

So, jetzt gehe ich mal noch zu Herrn Reinhardt. Herr Reinhardt hat sich ja nun als Berater der AfD-Fraktion empfohlen und dafür bin ich natürlich auch dankbar.

(Beifall AfD)

Also ein Kohle- und ein Atomkraftwerk in Erfurt werden wir natürlich nicht beantragen, da muss ich Sie enttäuschen.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: In Bornhagen waren wir da!)

Unsere Fraktion steht mehr auf Gas, und zwar auf Russengas. Das ist billig, preiswert, mittel- und spitzenlastfähig, kann also eins a die Lastkurve nachfahren. Eine ganz tolle Sache, was zum Beispiel eben die erneuerbaren Energien in der Regel nicht können, sodass wir in dem Punkt mittelfristig ein sehr gut funktionierendes Energiekonzept haben. Wir brauchen auch keine weiteren Kraftwerke zu bauen. Momentan haben wir noch genügend gesicherte Leistungen. Das Problem entsteht erst dann, wenn durch den Kohlekraftwerksausstieg, den Atomausstieg und dann vielleicht noch den Gaskraftausstieg, der ja schon angedacht wird, dieses Level der gesicherten Leistung kritisch unterschritten wird, und das ist relativ bald der Fall. Ich kann Ihnen prognostizieren, dass das schon Mitte der 20er-Jahre der Fall sein wird, spätestens.

Auch die weiteren Argumentationen von Ihnen, Herr Reinhardt, dass wir uns, wenn wir uns schon um Vogelschutz kümmern, doch die Katzen vornehmen sollen: Nein, Herr Reinhardt, machen Sie das mal mit Ihrer Fraktion lieber selber. Wir stehen auch zu den Katzen hier in Thüringen, egal ob das jetzt deutsche Katzen sind oder norwegische Waldkatzen sind oder eine amerikanische Maine-Coon-Katze.

(Abg. Möller)

ze ist, da sind wir unglaublich open minded, Herr Reinhardt.

(Beifall AfD)

Für die Brutkästen, die wir sponsern sollen, haben wir leider das Geld nicht, aber die Linke hat ja noch SED-Altvermögen, vielleicht machen Sie es.

(Beifall AfD)

Dann haben Sie noch so ein paar Dinge bemerkt, die können nicht unwidersprochen bleiben, nämlich dass die Bevölkerung in den letzten Jahren dank erneuerbarer Energien Strom gespart hat. Also nehmen Sie es mir nicht übel, ich nehme das Gegenteil wahr. Ich nehme wahr, dass im letzten Quartal die Aussage veröffentlicht worden ist, auch in der klassischen Presse, dass Deutschland mittlerweile Stromspitzenreiter ist. Und Frau Dr. Bergner hat durchaus zutreffend bemerkt, das liegt an der hohen Staatsquote, an den unglaublich vielen EEG-Umlagen. Wenn Sie sagen, das Problem müssen wir mit Kapitalismuskritik lösen, dann sage ich Ihnen eines: Es gibt keinen Bereich der deutschen Wirtschaft, der so planwirtschaftlich sozialismusähnlich reguliert ist wie die Energiewirtschaft.

(Beifall AfD)

Sie haben als Unternehmen in der Energiewirtschaft keine freien Preisfeststellungsmöglichkeiten mehr,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber bei der Kohlekraft!)

Sie haben insbesondere keine bei den Netzen, Sie haben keine bei der Erzeugung. Schauen Sie sich mal das Erneuerbare-Energien-Gesetz an, da wird auf den Cent, auf den Zehntel Cent genau festgelegt, auf Jahre, auf Jahrzehnte festgelegt, welcher Strompreis für diesen Strom zu bezahlen ist. Es wird sogar eine Abnahmeverpflichtung festgelegt. Was ist denn daran noch Kapitalismus? Nehmen Sie es mir nicht übel, das ist zwar ein geniales Geschäftsmodell für Großinvestoren, die damit in Zeiten eines Niedrigzinskartells eine sichere Rendite auf Staatskosten sozusagen verordnet bekommen,

(Beifall AfD)

also risikolos prima Geld verdienen können, aber Kapitalismus ist das schon lange nicht mehr, vor allem aber keine Marktwirtschaft mehr. Das ist Staatswirtschaft, Planwirtschaft, nichts anderes.

(Beifall AfD)

Auch Ihre Idee mit den Bürgergenossenschaften, Bürgerenergiegenossenschaften, das klingt alles wahnsinnig toll, aber aus meiner Praxis in einem Energieversorgungsunternehmen kann ich Ihnen

eines sagen: Was da für Schindluder teilweise mit getrieben wird! Und diese schönen Gewinne, die man mit erneuerbaren Energien verdienen kann, die kommen bei diesen Energiegenossenschaften nie an. Und wissen Sie warum? Das stecken sich Projektierer in die Tasche, die diese Windparks nämlich entwerfen und dann relativ teuer an die Energiegenossenschaften mit ihrem unterlegenen wirtschaftlichen Wissen verkaufen. Das heißt, das Geld ist längst gemacht, wenn die Windkraftanlage in der Energiegenossenschaft ist, und das ist auch der Grund, warum zum Beispiel solche Energiegenossenschaften in der Vergangenheit öfter mal insolvent geworden sind. Da finden Sie auch genügend Beispiele. Also da gibt es so eine große Asynchronität, das ist mit Sicherheit kein Erfolgsmodell, das war es nie und wird es auch nicht sein.

Kommen wir zum Schluss. Wir werden die Anträge alle mit an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz überweisen. Natürlich beantragen wir das auch für unseren Moratoriumsantrag und freuen uns dann dort auf eine sachliche Auseinandersetzung. Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Wortmeldung aus der AfD-Fraktion. Herr Henke.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Werte Abgeordnete, werte Gäste, Sie erleben heute eine wirklich lebhafteste Debatte zur Windkraft. Die haben wir fünf Jahre lang im Landtag geführt, da ist auch nicht allzu viel rausgekommen. Aber worauf ich hinauswill, ist, Windkraft bedeutet ja auch was für die Bürger in diesem Land, zuerst einmal einen Verlust an Lebensqualität im ländlichen Raum, das muss man ganz klar voranstellen. Es bedeutet Kaufkraftverlust bei Grundstücken, es bedeutet Kaufkraftverlust bei gewerbeeigenen Flächen, bei Häusern und Liegenschaften, wenn man in der Nähe von Windkraft wohnt und arbeitet. Das allein müsste eigentlich schon ein Grund sein, darüber nachzudenken, Windkraftanlagen nicht in bewohnten Gegenden zu bauen. Da wünsche ich mir übrigens immer mal, dass man diese Windkraftträder in die Städte baut, in die Wohlfühlzone von den Leuten, die immer genau das fordern, was sie den anderen aufzwingen wollen – das wäre doch mal ein Vorschlag.

(Beifall AfD)

Da komme ich gleich noch zu einem anderen Punkt: Ich habe letztens gelesen, dass gerichtlich

(Abg. Henke)

erzwungen wurde, die Abschaltung von Jänschwalde vorzuziehen. Jänschwalde ist ein grundlastfähiges Kohlekraftwerk, das für den Großraum Berlin zuständig ist, wenn dort mal Grundlast benötigt wird. Da stellt sich mir gleich die Frage: Was passiert denn, wenn das Ding abgeschaltet ist, wo kommt denn dann der Strom für Berlin her? Sie kaufen ihn billig in Polen ein und der Bürger muss es über die Energieumlage, wie es Herr Möller beschrieben hat, natürlich bezahlen. Das bedeutet natürlich für uns, wir bauen unseren Industriepark ab, den wir dort errichtet haben, und beziehen aus dem Ausland Strom. Also wir haben überhaupt keinen Zugriff mehr, wir sind darauf angewiesen, den zu importieren. Und wenn das unsere Zukunft sein soll, dann sehe ich leider schwarz für Deutschland, dann werden wir uns wahrscheinlich wieder mit Kerzen hinsetzen müssen.

(Beifall AfD)

Vorhin kam die Frage der brennenden Windkraftanlagen auf. Da stellen sich gleich mehrere Fragen: Wir sind technisch von den Feuerwehren her gar nicht in der Lage, die Dinger zu löschen. Wer soll denn auf 160 Meter Höhe mit der Feuerwehr hingehen und soll dort löschen? – Punkt 1. Punkt 2: Die Feuerwehren müssen erst mal dorthin kommen. Wir haben gar keine geländegängigen Fahrzeuge bei den Feuerwehren, die sich in diesen Gebieten überhaupt bewegen können.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben gerade geschimpft, dass es keine Zufahrtswege gibt!)

Wir müssten nämlich bei den Feuerwehren nachrüsten und da ist das Land wieder in der Pflicht, denn die müssen das nämlich in Gang bringen.

(Beifall AfD)

Herr Reinhardt hat vorhin so schön ausgeführt, dass wir daran schuld sind, dass die Vögel zugrunde gehen. Ich will mal ganz kurz ausführen: Die Anrainerstaaten am Mittelmeer haben Traditionen und dort sind der Vogelfang mit Netzen und das Verspeisen der Vögel eine Tradition und die fangen ungefähr 100 bis 120 Millionen Stück. Dann kommen die Grünen daher und bauen Windkraftanlagen, die die Vögel auch noch schreddern und die Nahrungsgrundlage gleich mit, nämlich die Insekten. Das heißt, dass die Leute, die sich am lautesten beschweren, dass keine Vögel mehr in der Stadt oder im Land umherfliegen, auch noch daran schuld sind, dass es so ist. Das muss man ganz einfach mal festhalten.

(Beifall AfD)

Noch mal zu Herrn Gottweiss: Ich fahre ja von Erfurt öfter mal hinten lang in Richtung Eisenberg, Eckolstädt, Dornburg. Wer dort entlangfährt, kann sich an den Windkraftanlagen in Thüringen erfreuen. Dort hinten herrscht eine Dichte, dass ich mich frage, wie die Leute das überhaupt noch aushalten. Wenn Sie da nachts langfahren, dann sehen Sie nur noch blinkende Lichter. Also ich weiß nicht, wie die Leute das aushalten. Ich denke, die Leute haben eigentlich genug zu ertragen, aber ausgerechnet dahin sollen ja noch Windräder gebaut werden. Da frage ich mich, wo das noch hinführen soll.

(Beifall AfD)

Herr Adams, Sie haben vorhin gesagt: Wir haben uns erkundigt, wir haben uns bei unseren eigenen Leuten erkundigt – in Ihrer Blase. Da habe ich eigentlich nur noch eine Frage: Haben Sie schon mal Ihren Hund Pfiffi gefragt? Vielleicht kann der Ihnen eine Antwort geben. Es ist so: Sie schwafeln hier vorn ein Zeug zusammen, das mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ich denke, Sie sollten wirklich mal in sich gehen und sollten sagen, was Sie wirklich wollen, dass Sie nämlich Ihre Lobbyisten unterstützen – einer sitzt hinter Ihnen, der hat einen Windpark

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Herr Henke, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Henke, AfD:

bei Aga gebaut, das gehört auch zur Wahrheit, und verdient dort reichlich Geld, er hat sich nämlich vorhin am meisten aufgeregt.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Früher war echt mehr Niveau!)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Herr Henke.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Wortmeldung aus den Reihen der Abgeordneten – die Abgeordnete Wagler aus der Fraktion Die Linke. Doch nicht? Dann Herr Reinhardt für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Reinhardt, DIE LINKE:

Wenn ich so oft in diesem Hohen Haus zitiert werde, dann fühle ich mich tatsächlich auch noch mal berufen, nach vorn zu gehen. Dass Sie von der AfD die Schuldfrage stellen, ist tatsächlich verwunderlich. Ich gehe jetzt mal auf das Niveau, das Sie hier rhetorisch geliefert haben. Dass Sie, Herr Möller, Gas bevorzugen und „Konzentrationsbereiche“ als Begrifflichkeiten nutzen, kann ich mir gut vorstellen, ähnlich wie den Hashtag „Höckejugend“. Dass Sie dann noch im gleichen Atemzug auf die Katzen eingehen und natürlich eine Rassenfrage stellen

(Unruhe AfD)

und sagen, wie tolerant Sie sind, ist natürlich genauso interessant, wie, dass Sie meinen, dass wir Altvermögen hätten, wo doch gerade Sie mit Ihren Politikern, wie Herrn Gauland, wegen finanzieller Dinge in der Presse stehen. Um noch mal auf dasselbe Niveau zu gehen, wie Sie das mit mir gerade probiert haben, war es mir eine Pflicht, hier vorzugehen.

Noch mal eine andere Sache: Ich habe nicht gesagt, dass die Menschen Strom sparen, sondern Geld sparen. Das hat die Studie der Universität Erlangen-Nürnberg ergeben. Aber ich weiß, mit Universitäten, wenn es nicht gerade irgendwie passt, haben Sie es nicht so. Lesen Sie es noch mal. Ich kann es Ihnen auch gern mal zur Verfügung stellen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Jetzt liegen tatsächlich keine Wortmeldungen mehr aus den Reihen der Abgeordneten vor. Für die Landesregierung hat sich Frau Ministerin Anja Siegesmund zu Wort gemeldet.

Siegesmund, geschäftsführende Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste, nach dieser mehr als zweieinhalbstündigen Debatte steht unterm Strich, dass wir noch viel Redebedarf haben. Ich bin mir sicher, im entsprechenden Ausschuss für den Wald und den Forst und auch im Energieausschuss werden wir diese Debatte fortsetzen können.

Vielleicht können wir erst mal ein Zwischenfazit ziehen: Jede und jeder von Ihnen möchte gern saubere Energie, bezahlbar und entsprechend verlässlich. Dann geht es aber schon bei der Frage auseinander: Wo soll denn die Energie eigentlich her-

kommen? Wie sieht die Energiekulisse der Zukunft aus? Vielleicht können wir uns auch noch auf einen Minimalkonsens einigen, bevor die Debatte im Ausschuss weitergeht, und der könnte so aussehen, dass sicherlich alle hier im Thüringer Landtag der Ansicht sind, dass jede Form der Energiegewinnung natürlich Auswirkungen auf das Landschaftsbild hat und natürlich Zielkonflikte bedeutet

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– jede Form. Reden Sie mal mit den Menschen in der Lausitz oder in anderen Orten der Bundesrepublik, wo ganze Dörfer abgebaggert wurden und CO₂ in millionenfacher Höhe in die Atmosphäre emittiert wurde. Reden Sie mit den Menschen, die nahe eines Atomkraftwerks wohnen, oder führen Sie sich vor Augen, was in Tschernobyl passiert ist. Reden Sie mit den Menschen, die nicht wie die AfD der Ansicht sind, dass man sich von fossilen Energieträgern wie Gas abhängig macht, und dann wird schon alles gut. Und ja, auch beim Stichwort „Erneuerbare“ verändert sich unser Landschaftsbild.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer im 21. Jahrhundert lebt und weiß, dass wir, wenn es um globale Klimaveränderungen geht, eine riesengroße Menschheitsaufgabe vor uns haben, der kann sich nicht bei diesem Zielkonflikt einfach wegducken und auf einem Niveau diskutieren, was dieser großen Aufgabe wirklich nicht gerecht wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es ist unsere Aufgabe, uns diesen Zielkonflikt anzugucken. Wenn man sich vor Augen führt, dass 2019 das drittwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war, dass wir in diesem Januar 3,8 Grad über dem durchschnittlichen Mittel der meteorologischen Wettermessungen seit 1881 liegen, dass Germanwatch herausfand und veröffentlichte, dass die Bundesrepublik schon heute am drittstärksten global weltweit von Extremwetterereignissen betroffen ist – Dürren, Hochwasser, Extremwetter – und dass Klimaveränderungen von globalem Ausmaß vor uns liegen, der muss sich ganz klarmachen, diese Entwicklungen sind spürbar. Ja, wir sehen sie auch in unserem Wald, ja, wir sehen sie auf unseren anderen naturschutzfachlich wertvollen Flächen, aber dann müssen wir gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese globale Krise lösen wir nicht, indem wir sagen, was nicht geht, weil nicht vordergründig Windräder das Problem unserer Natur in Thüringen oder bundesweit sind, sondern der globale Klimawandel. Und das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Ministerin Siegesmund)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich von der Frage spreche, wie wir die Zielkonflikte auflösen, dann möchte ich auf das gestern veröffentlichte Thesenpapier der großen Umweltverbände BUND, Greenpeace, NABU und vieler anderer eingehen. Einer dieser Punkte, die Sie immer wieder ansprechen, ist der Artenschutz. Das ist das große Problem, was wir beim Thema „Erneuerbare“ zu bewältigen haben. Das ist richtig. Aber ich will gern aus diesem Papier zitieren. Die großen Umweltverbände schreiben: „Wir erleben derzeit eine doppelte globale Krise, die nur gemeinsam gelöst werden kann: Die Klimaerhitzung und der dramatische Verlust der biologischen Vielfalt sind eng miteinander verwoben. Der Erfolg der Energiewende ist dabei entscheidend für das Erreichen unserer Klimaziele, insbesondere des 1,5°C-Ziels, und damit auch wesentlich für den langfristigen Erhalt der biologischen Vielfalt.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und es geht weiter im Papier: Aus Sicht des Naturschutzes gibt es Möglichkeiten, den Ausbau der Windenergie zu beschleunigen und den Artenschutz zu verbessern. Wie das geht, das miteinander zu lösen, ist unsere Aufgabe. Dazu möchten wir als Landesregierung auch einladen.

Diese Zielkonflikte zu lösen ist natürlich auch Aufgabe des Bundes. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat vor zwei Monaten alle Energieminister – ich möchte fast sagen – nach Berlin zitiert, um uns quasi eine gehörige Abreibung unter der Überschrift „Was macht ihr da?“ zu geben. Aber nicht, weil wir 2019 15 Windenergieanlagen in Thüringen ans Netz geben konnten, sondern weil er sagte: Dass der Windenergieausbau dermaßen stockt, ist weder in meinem Interesse noch in eurem, erklärt mir bitte mal, was bei euch los ist. – Ich habe dann ein bisschen aus dem Wahlkampf erzählt. Ich würde die CDU-Fraktion herzlich gern einladen, die Diskussion gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister und mit der Landesregierung hier in Thüringen mal zu führen, wie wir in der Frage vorankommen, wie wir gemeinsam für eine saubere Energieversorgung für Thüringen – 2040 100 Prozent erneuerbar –, wie sie Prof. Wesselak beim parlamentarischen Abend am Mittwoch noch mal skizzierte, Prof. Stelter durch entsprechende Ideen für Speichertechnologie an die Wand warf, sorgen können. Ich habe daher großes Interesse, die Diskussion mit Ihnen zu führen.

Altmaier sagte am 19. November auch, wir nehmen diese Sorgen, die Sorgen der Menschen bei der Frage „Wie verändert sich unser Landschaftsbild?“ sehr ernst. Auch wir, die Landesregierung, nehmen

diese Sorgen sehr ernst. Er führte weiter aus: Wir steigen aus der Kohleverstromung aus, wir erhöhen den Anteil der erneuerbaren Energien. Wir geben über 40 Milliarden Euro für die Frage „Wie sieht unser Energiesystem der Zukunft aus?“ aus und wir müssen das Ganze mit den Menschen diskutieren. – Ich hoffe, wir können ihn da auch weiter beim Wort nehmen. Wir als Landesregierung stehen zu unserem Wort, nicht nur beim Runden Tisch Windenergie, sondern auch bei vielen anderen Veranstaltungen. Ich verspreche an dieser Stelle, natürlich reden wir auch mit den Bürgerinitiativen. Diese Gespräche zu suchen und sie zu führen, das ist in unser aller Interesse.

Eine gute, eine zukunftsgerichtete Energiepolitik ist gut für unsere Wirtschaft, denn sie löst auch dauerhaft Investitionstätigkeit aus. Wir haben es schon mehrfach erwähnt: 60.000 Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft in Thüringen sind neue, zukunfts-trächtige Arbeitsplätze im Land. Ich will auch noch mal die Zahl der 2 Milliarden Euro, die wir jährlich als Land – Sie und ich, jeder Mensch in diesem Land – ausgeben, um Energie zu importieren, also Wertschöpfung, die wir aus dem Land davonziehen lassen, nennen. Geht es nach der AfD, würde sich dieser Anteil noch deutlich erhöhen, 2 Milliarden Euro für Energieimporte. Da frage ich Sie: Warum machen wir daraus nicht noch mehr Geschäftsfeld, sondern sagen vor allen Dingen, was wir alles nicht wollen? Das kann doch nicht unser Zugang sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen Wertschöpfung in den Regionen. Wir wollen, dass Thüringen profitiert. Ein Beispiel im Eichsfeld: Dort fließen seit 2003 zwischen 140.000 und 185.000 Euro jährlich in die Gemeindekasse mit Einnahmen aus einem Windpark. Damit konnte die marode Mehrzweckhalle ersetzt werden, eine neue Halle gebaut werden. Solche Beispiele gibt es inzwischen viele. Ja, ich wünsche mir auch noch mehr, aber daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

In der Tat, damit es mehr Beispiele werden, liegt die große Aufgabe des Werbens für Akzeptanz vor uns. Die brauchen wir. Als ich vergangenen Samstag in einer Zeitung las, dass am Waldauer Berg bei Schleusingen die Menschen aus der Zeitung durch die Ankündigung von Schwerlasttransporten erfuhren, dass Windräder gebaut werden sollen, dann sage ich, da läuft eine ganze Menge falsch. Das ist zu spät. Die Frage von Beteiligung noch transparenter zu machen, bessere Kommunikationsstrukturen zu haben und vor Ort den Planungsgemeinschaften und den Kommunen dabei zu helfen, das ist selbstverständlich eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Klar ist, dass wir an dieser Frage gemeinsam arbeiten müssen. Aber ich will auch

(Ministerin Siegesmund)

klar sagen: Aktuelle Umfragen des Umweltbundesamts und des Bundesumweltministeriums zeigen auch, dass 90 Prozent der Befragten den Ausbau der Erneuerbaren nicht nur richtig finden, sondern im Gegenteil auch unterstützen. Deswegen – so wichtig es ist, Bedenken und Ängste ernst zu nehmen, Verfahren näher zu erläutern – lassen Sie uns auch darüber im Klaren sein: Das, was wir an Aufgabe vor uns haben, gelingt vor allen Dingen, indem wir unsere Kraft darauf setzen, dass Informationen besser fließen und nicht Ängste geschürt werden. Ich hoffe, dass die Debatte in den Ausschüssen dazu auch beiträgt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Frage Windenergie im Wald adressiert und vorhin habe ich bei einigen Abgeordneten etwas despektierlich als Antwort auf die Ausführungen von Prof. Hoff gehört, wenn man sich hier nur um adelige Waldbesitzer kümmern würde, dann wäre das sicherlich nicht etwas, was man sich von der Landesregierung wünscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, machen Sie sich bitte ein Bild von der Frage, wie insbesondere Privatwaldbesitzer aber auch ThüringenForst mit der schwierigen Situation in unseren Wäldern künftig umgehen wollen. Machen Sie sich Gedanken darüber, dass auf großen Forstforen inzwischen von Waldbesitzern Flächenprämien gefordert werden, weil der Wald – richtig – auch eine Gemeinwohlfunktion hat. Machen Sie sich bitte auch Gedanken darüber und reden Sie mit denjenigen, die es betrifft, wie Sie künftig dafür Sorge tragen können, dass Wälder vital sein können. Da spielen diese Fragen der Wirtschaftlichkeit und wirtschaftlicher Interessen selbstverständlich auch eine Rolle.

Wir sollten diese Debatte ergebnisoffen führen, aber was wir nicht tun können, ist, per se Pauschalurteile zu fällen, das hilft überhaupt nicht weiter. Sie fragen ja, liebe CDU-Fraktion, gern auch auf Twitter, was denn auf zwei Hektar Wald passiert. Wenn er gesund ist, passiert da viel Gutes, auch was die CO₂-Bindung betrifft. Aber was man genauso fragen könnte, ist, was passiert denn auf zwei Hektar Wald, wenn er krank ist, wenn er für Pflanzen und Tiere keinen guten Lebensraum mehr bietet, wenn er keine gute Sauerstoffproduktion oder keine gute CO₂-Bindung bedeuten kann.

Wenn man auf einer vom Borkenkäfer zerstörten Kalamitätsfläche beispielsweise zwei Windenergieanlagen für 20 Jahre installieren würde und Sie würden mir zustimmen, dass eine Eiche oder eine Weißtanne auch nicht schneller wächst, wenn man dran zieht, dann hat man 7.000 Tonnen CO₂ pro Jahr gespart. Dann hat man 12 Millionen Kilowatt-

stunden sauberen Strom gewonnen und man hat – und das ist wichtig – an anderer Stelle exakt mindestens 2 Hektar gesunden, klimaresilienten Mischwald aufgeforstet, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich, lassen Sie uns schauen, dass Informationen und Fakten nahe miteinander verknüpft werden. Das können wir übrigens auch jenseits der Frage dieses Gesetzes und des Antrags diskutieren, wenn das neue Landesentwicklungsprogramm aufgelegt wird. Auch da spielen diese Fragen eine Rolle, die wir dort mit einfließen lassen sollten.

Ich möchte noch etwas zu den einzelnen Punkten des Antrags der CDU sagen, weil es durchaus wichtig ist, hier auch die Debatte zusammenzuführen. Sie fragen nach der Einführung eines Mindestabstands und dem Punkt der 1.000 Meter. Die Landesregierung hat im Windenergieerlass von 2016 die Abstandsempfehlung von 1.000 Metern gegeben. Jeder der danach erarbeiteten Regionalpläne oder Regionalplanentwürfe sieht die 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung vor, aber wir sollten uns auch über eines im Klaren sein: Mindestabstände lösen überhaupt kein Akzeptanzproblem, nicht eins.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob Sie 1.000, 1.200 oder 1.500 Meter haben, damit werben Sie bei den Menschen garantiert nicht dafür, dass sie sich dann tatsächlich beteiligen wollen, vor allen Dingen wenn sie vorher mit Sorgen, Ängsten und pseudowissenschaftlichen Studien gefüttert werden – in Anführungsstrichen. Was hilft, ist Beteiligung, indem zum Beispiel über unser Siegel „Faire Windenergie“ 25 Prozent der Erträge in die kommunale Kasse fließen, wie beim Beispiel im Eichsfeld, das ich eben genannt habe.

Punkt II.2 – das Helgoländer Papier: Das Helgoländer Papier, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht die Bibel. Das Helgoländer Papier ist eines von mehreren wichtigen Papieren zum Thema Vogelschutz, das stimmt. Wir in Thüringen haben zum Helgoländer Papier ein sogenanntes avifaunistisches Fachgutachten, einen avifaunistischen Fachbeitrag erarbeitet und den Naturschutzbehörden zum ersten Januar 2018 verbindlich zur Verfügung gestellt. Dieser Fachbeitrag hat bundesweit auch für Resonanz gesorgt, bundesweite Beachtung gefunden, weil er die Forderungen des Helgoländer Papiers aufgegriffen hat und konkret auf unsere Verhältnisse zuschneidet.

(Ministerin Siegesmund)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

So sieht es aus und so können Ihnen auch gern die Kolleginnen und Kollegen Energieminister aus den anderen Bundesländern sicherlich bestätigen, dass wir dazu gute Debatten und eine gute Grundlage und gute Wertschätzung erfahren haben.

Ihr dritter Punkt ist die Frage „Repowering“. Ja, auch darüber möchte ich mit Ihnen reden. Ich möchte mit Ihnen darüber reden, wie Ihre Repowering-Strategie – so nennen Sie es – aussehen soll. Das Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 versteht unter Repowering – Zitat –, „alte Windenergieanlagen am gleichen Standort durch neue und wesentlich leistungsstärkere Anlagen zu ersetzen, Standorte von Windenergieanlagen außerhalb der Vorranggebiete Windenergie in die Vorranggebiete zu verlagern sowie effektive und leistungsfähige Anlagen zu ermöglichen“. Berücksichtigt haben Sie in Ihrer Forderung im Antrag aber nur den erstgenannten Aspekt, nämlich das Ersetzen alter Windenergieanlagen am gleichen Standort. Sie gehen damit davon aus – so interpretiere ich das, lassen Sie uns die Debatte im Ausschuss fortsetzen –, dass damit die Inanspruchnahme neuer Flächen komplett außen vor bliebe. Das würde funktionieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn tatsächlich im geltenden Landesentwicklungsplan auch die Maßgabe bestünde, dass jede Anlage in den entsprechenden Regionalplänen verankert ist. Wir bauen aber seit 2000 Windenergieanlagen. Mit anderen Worten: Einfach ist die Sache nicht, weil nur auf exakt 43 Prozent der derzeitigen Windenergieanlagen zutrifft, dass sie im derzeitigen Landesentwicklungsplan eins zu eins repowert werden können, weil die Standorte auch festgelegt sind. Mit anderen Worten: Sie würden zwar an 43 Prozent der Standorte repowern können, haben aber im neuen Landesentwicklungsprogramm für 57 Prozent des derzeit geltenden Plans überhaupt keine Grundlage für Repowering und würden damit die Standorte halbieren. So einfach ist die Sache also nicht. Wir müssen darüber reden, was die CDU unter Repowering versteht. Lassen Sie uns darüber reden.

Zum Thema „Versorgungssicherheit“ kann ich Ihnen sagen, dass es gleich in der ersten Diskussionsrunde, die ich mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinitiativen im Rahmen des Runden Tisches Windenergie geführt habe, immer wieder um genau diese eine Frage ging. Ich habe großes Verständnis dafür, dass man sich Sorgen darum macht. Wir haben den Umstieg auf 100 Prozent saubere, regional erzeugte, dezentrale Energieversorgung beschlossen. Wir haben diesen Beschluss

auf der Grundlage einer Reihe von Studien und Untersuchungen getroffen, wofür ich mich auch herzlich bei allen Hochschulen und Wissenschaftlern, die sich daran beteiligt haben, bedanken möchte. Wir haben das Energiesystemmodell Thüringen 2040 entwickelt. Mit diesem ist es möglich, die technologisch notwendige Infrastruktur eines zukünftigen Energiesystems nicht nur abzuschätzen, sondern auch die Frage zu beantworten, welche technologischen Möglichkeiten und Wege wir haben, um 100 Prozent bilanziell erneuerbar zu werden, und das Ganze auch gerechnet im Rahmen übersichtlicher Gesamtkosten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, solche Energiesystemmodelle gibt es übrigens auch auf Bundesebene und ich will vielleicht auch dem Ausschuss anempfehlen, sich das Thüringer Energiesystemmodell noch mal vortragen zu lassen und auf Basis dessen weiterzudiskutieren. Ich könnte mir vorstellen, dass das sehr fruchtbar ist.

Zu Ihrem Punkt 5, der Forderung der Einführung der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung: Da bin ich uneingeschränkt bei Ihnen. Wir haben das getan, was wir tun konnten, damit die Bundesnetzagentur die im Energiesammelgesetz vorgesehene Einführung um ein Jahr, nämlich auf den 01.07.2021, verschoben hat, was an dort geäußerten Sicherheitsbedenken lag, die gegen eine der möglichen Technologien bestehen. Ich hoffe, dass diese Bedenken schneller ausgeräumt werden können. Und dann kommen wir auch bei der Frage der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung schneller voran. Ich teile Ihre Fragen, Ihre Sorge und übrigens auch Ihr Anliegen zu 100 Prozent an dieser Frage.

Anders ist es bei Ihrem Punkt 6, das ist das Moratorium. Wir haben uns dazu schon öfter ausgetauscht. Abgesehen davon, dass es landesrechtlich ganz schwer umzusetzen ist, haben wir mit der sogenannten befristeten Untersagung nach dem Raumordnungsgesetz genau für die von Ihnen hier im Antrag beschriebenen Fälle Vorsorge getroffen. Und sind wir doch mal ehrlich, wenn wir wissen, es sind 15 Windenergieanlagen im Jahr 2019, wenn wir wissen, 2020 läuft die Förderung für die Erneuerbare-Energien-Novelle für das EEG aus und 150 Anlagen fallen aus der Förderung, was bleibt denn da nach Adam Ries bei Ihnen übrig? Das ist Moratorium hoch drei, weil wir faktisch, wenn nicht ein Wunder passiert, 2020 einen Rückbau der Windenergie in Thüringen haben werden. Ich bedauere, dass das so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Siegesmund)

Die AfD klopft, weil ich bedauere, dass es so ist, das finde ich gut.

Und ich schließe noch die Frage 7 an, das ist die der Überwachungspflicht. Es gibt eine Reihe von Bestimmungen, nach denen Windenergieanlagen auch schon jetzt durchgängig überwacht werden, vor Inbetriebnahme sowieso, auch durch die Genehmigung zu beteiligter Fachbehörden in regelmäßigen Abständen. Wenn ich mir aber anschau, wie wenig Schadensfälle wir bislang haben, finde ich, dass unser Netz an Überwachung an dieser Stelle sehr gut funktioniert. Also summa summarum: Wir haben eine gute Grundlage, auf Basis des Antrags im Ausschuss weiterzudiskutieren. Ich hoffe, dass wir auch zu dem Gesetz eine breite Anhörung veranlassen können, bei der all jene auch beteiligt sind, die die Perspektive/Zukunft für unser Energiesystem in Thüringen insgesamt mit uns diskutieren wollen. Darin liegen große Chancen, wirklich große Chancen, und darin liegt aber auch die große Aufgabe, gemeinsam Zielkonflikte aufzulösen, die definitiv bestehen. Wenn Zielkonflikte entstehen, kann man zwei Dinge tun: Man kann sich in die Büsche schlagen und sagen, dass man sich darum nicht kümmern will. Ich würde es eher mit der anderen Variante halten: Wenn Zielkonflikte bestehen, dann wollen wir das Beste für das Land, das Beste für die Menschen. In diesem Sinne: Zielkonflikte auflösen, dazu laden wir ein. In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin. Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor und damit kommen wir zur Abstimmung, zunächst zur Abstimmung zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der FDP und der CDU. Es wurden zwei Ausschussüberweisungen beantragt, wenn ich es richtig wahrgenommen habe – einmal an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten und einmal an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz.

So lasse ich jetzt über die Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt 1 Stimmenthaltung aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist diese Ausschussüberweisung so bestätigt.

Ich komme jetzt zum Antrag auf Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen von AfD, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das sind die Stimmen aus der CDU- und der FDP-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Ausschussüberweisung so bestätigt.

Die Federführung wurde für den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten beantragt. Auch darüber muss ich abstimmen lassen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind wiederum die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Auch nicht. Damit ist die Federführung ebenfalls festgelegt.

Dann kommen wir zur Abstimmung zum Antrag der Fraktion der AfD. Hier wurde Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz beantragt. Richtig?

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Und Infrastruktur!)

Doch beides? Okay, gut.

Dann lasse ich trotzdem zuerst über die Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz abstimmen. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen von FDP, AfD und CDU. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Ich schaue gerade – aber ich würde sagen, es ist eine Mehrheit für die Überweisung. Es sind nicht alle da in allen Fraktionen, deswegen muss man genauer hinschauen.

Es wurde weiterhin Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten beantragt. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der AfD-Fraktion, einige Stimmen aus der CDU-Fraktion und die Stimmen der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind die Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und aus der Linken-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Es sind etliche Enthaltungen aus der Fraktion der CDU. Damit ist diese Ausschussüberweisung nicht bestätigt. Dann brauchen wir auch nicht über eine Federführung abzustimmen.

Wir kommen zur Abstimmung zum Alternativantrag der Fraktion der CDU. Hier war Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und

(Vizepräsidentin Rothe-Beinlich)

Naturschutz beantragt. Nur an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz? Gut. Wer der Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei 2 Stimmenthaltungen aus der Fraktion Die Linke ist diese Ausschussüberweisung so angenommen. Dann müssen wir auch nicht über die Federführung abstimmen, wenn es nur eine Überweisung gab.

Vielen herzlichen Dank.